Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 223.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 29. März

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Das auswärtige Publikum erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Bestimmung des General-Post-Amts die Erneuerung des Abonnements **schon 2 Tage vor dem Beginn des neuen Quartals geschehen muß,** um eine vollständige Lieferung aller Nummern sicher zu stellen. Bei verspäteter Bestellung werden die bereits erschienenen Nummern von der Post nur bei ausdrücklichem Verlangen und gegen besondere Portovergütung nachgeliefert.

Die Eisenbahnvorlage.

I.

Der Gesetzentwurf betreffend die Uebertragung der Eigenthums und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich war in seinen Hauptzügen seit Wochen bekannt und hat Niemanden überrascht, Spannung erregten nur die Motive, und zwar besonders deshalb, weil der ursprüngliche Plan des Fürsten Bismarck auf die Uebertragung aller Staats- und Privatbahnen ging und erst die politische, wirthschaftliche und finanzielle Opposition den Reichskanzler bewogen zu haben scheint, sein Projekt auf die preußischen Staatsbahnen einzuschränken. Nach einer solchen Vorgeschichte des Gesetzentwurfs konnte man erwarten, daß der ursprüngliche, weitere Plan bereits als letztes Ziel in den Motiven hingestellt und die Gründe für und wider erörtert werden würden. Doch davon findet sich nicht ein Wort in der Vorlage. Die Autoren des Entwurfs sprechen weder von dem Fall, daß andere deutsche Staaten den gleichen Antrag stellen möchten, noch weniger erklären sie, daß es dem Reiche gestattet werden soll, Privatbahnen zu erwerben, was in einer dem preußischen Landtage gemachten Vorlage auch nicht recht anginge. Sie wollen auch nicht alle Befugnisse des preußischen Staates in Betreff des Eisenbahnwesens (z. B. nicht die Hoheitsrechte bezüglich der Konzessionirung) an das Reich abtreten, sondern nur die Eigenthums-, Verwaltungs- und Aufsichtsrechte, d. h. soviel als nöthig ist, um die durch Reichsgesetzgebung herzustellende Reichsoberhoheit zu einer wirksamen Macht zu erheben.

In dieser Zurückhaltung und Selbstbeschränkung auf das zum Zweck Unentbehrliche erkennt man den Staatsmann, welcher die deutschen Stämme geeinigt hat, ohne einen Einheitsstaat herzustellen, ohne den einzelnen Souveränen mehr Hoheitsrechte und den Partikularstaaten mehr „berechtigte Eigenthümlichkeiten" zu entwinden, als absolut zu einer Zusammenfassung aller nationalen Kräfte nöthig war.

Hinter dieser Selbstbeschränkung auf das Nächste und Nothwendigste kann sich freilich die Absicht verbergen, einen weiteren Schritt zu thun, wenn der erste und schwerste gelungen ist, oder doch wenigstens die Hoffnung, daß die Macht der Thatsachen und die Schwerkraft der Interessen von selbst zu dem großen Ziele treiben werden, wenn erst das Reich auf eigenen Schienen fahren darf; indessen wenn weder die deutschen Bundesfürsten noch die partikularen Landtage noch der Reichstag eine größere Konzentrirung der Staats- und Privatbahnen im Besitze des Reiches zulassen, kann Fürst Bismarck die deutsche Nation, selbst wenn er wollte, nicht zum Reichseisenbahnsystem zwingen. Und gewiß werden sich alle berechtigten Faktoren dagegen stemmen, wenn das Reich mit seinen Bahnen nicht bedeutend besser wirthschaftet als die jetzigen souveränen und halb-souveränen Besitzer.

Die Vorlage giebt uns also die Möglichkeit, eine durchaus ungefährliche Probe in einer Angelegenheit zu machen, deren volle Entscheidung heut der Mehrheit des deutschen Volkes noch zu schwierig und verantwortlich erscheint. Wir sollen nicht den vielverschlungenen gordischen Knoten, ob Reichs- **oder** Staats- und Privatbahnen lösen sondern können einen Versuch machen mit Reichs- **und** Staats- und Privatbahnen.

Gefällt der deutschen Nation dieses dreifach gemischte System, — was möglich wäre, denn bei den Deutschen findet eine Sache desto mehr Anhänger je weniger einfach sie ist, — so wird das deutsche Reich dieses System zu konserviren haben. Finden wir, daß die gute alte Zeit mit ihrer buntscheckigen Zerissenheit besser war, so mag Preußen ohne große Umstände seine Bahnen wiederum zurücknehmen; und endlich: kommt das deutsche Volk zu der Einsicht, daß die deutschen Bahnen von der Reichsbehörde verwaltet werden müssen, dann wird es selbstverständlich nach diesem Ziele hinarbeiten.

Die Vorlage enthält nicht die leiseste Andeutung davon, daß sie zunächst nur den Anfang einer großartigen Revolution oder ein Versuchsfeld für ungelöste Fragen zu bieten beabsichtigt, sondern sie will ganz allein die Vorbedindung schaffen, um dem gegenwärtigen Eisenbahnjammer abzuhelfen. Wer dies nicht schon aus den Motiven ersieht, die allerdings schwer lesbar und nicht immer klar sind, dem kommt das berliner Preßbureau mit folgendem Kommentar zu Hülfe:

Die Motive sind keineswegs knapp gehalten, sondern geben in sehr eingehender Weise Aufschluß über die leitenden Gesichtspunkte der Staatsregierung. Es wird mit großem Nachdruck betont, aus welchen Gründen die preußische Regierung den Einfluß, den der Besitz der Staatsbahnen, die Befugnisse in Betreff der Privatbahnen und das Aufsichtsrecht über die gesammten preußischen Bahnen bieten, dem Reiche zu überweisen wünscht. In anderen Staaten ist bekanntlich das Augenmerk der Regierungen darauf gerichtet gewesen, durch Zentralisirung des Eisenbahnbetriebes der Zersplitterung von Kräften und den wirthschaftlichen Nachtheilen, welche für Handel und Verkehr aus der Ungleichheit der Betriebsgrundsätze entspringen, nach Möglichkeit Schranken zu setzen. Auch für Preußen liegt die Dringlichkeit vor, daß der Staat einen erhöhten Einfluß auf den Eisenbahnbetrieb erwerbe. Die preußische Regierung will aber diesen Weg nicht eher betreten, bis die Möglichkeit einer für ganz Deutschland günstigeren Lösung ausgeschlossen ist, und bietet daher dem Reiche den Einfluß dar, den sie selber für sich in Anspruch nehmen müßte. Das in der Reichsverfassung dem Reich übertragene Recht der Aufsicht über das Eisenbahnwesen entbehrt zu einer praktischen Anwendung der materiellen Grundlage. Erst durch den Besitz eines geschlossenen Komplexes bestehender Eisenbahnlinien würde das Reich die Möglichkeit erhalten, sich die erforderliche Einwirkung auf den Eisenbahnbetrieb zu verschaffen und die ihm verfassungsmäßig bereits zugewiesene Aufgabe zu erfüllen. Ein in solcher Weise begründetes und praktisch ausgestattetes Aufsichtsrecht würde den Zwecken des allgemeinen Verkehrs sowohl wie der Landesvertheidigung beträchtliche Vortheile sichern. Schließlich wird in den Motiven nochmals mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß die preußische Regierung die Erweiterung und Konsolidation des eigenen Staatbahnbesitzes und dadurch einen verstärkten Einfluß auf das Eisenbahnwesen überhaupt energisch anstreben müßte, wenn die Uebernahme der preußischen Bahnen durch das Reich auf unüberwindlichen Widerspruch stoßen sollte. — Aus dieser Motivirung wird man wohl erkennen, daß es bei den Vorschlägen der preußischen Regierung sich in der That um das gemeinsame Interesse der deutschen Nation, nicht um eine Machtfrage den einzelnen Regierungen gegenüber handelt.

So die offiziöse Erläuterung zu dem offiziellen Aktenstück. Der preußische Staat empfindet danach die dringendste Nothwendigkeit, an eine Reform des Eisenbahnsystems zu gehen. Diese Reform soll nicht durch Erwerbung von Bahnen, welche als Glieder zwischen den Staatsbahnen Preußens fungiren, hergestellt werden, sondern durch eine auf Konzentrirung gerichtete Gesetzgebung und durch Betriebsmaßregeln, zu denen der Besitz von 10,000 Kilometer Staatsbahnen die Macht giebt. Im Interesse der Gesammtheit will Preußen diese Aufgabe dem deutschen Reiche übertragen. Die Vorlage stellt also nicht die Alternative: Uebertragung sämmtlicher Bahnen auf das Reich oder Eisenbahngesetz? Vielmehr soll die Reform erzielt werden durch Uebertragung eines Theils der deutschen Eisenbahnen und gesetzliche Regelung.

Wir haben schon mitgetheilt, daß die städtischen Behörden Breslau's die Magistrate der schlesischen Städte zur Beschickung einer Konferenz von Mitgliedern städtischer Behörden eingeladen haben, in welcher die Bedürfnisse und Wünsche schlesischer Städte in Bezug auf den Entwurf der neuen Städteordnung klargestellt werden sollen. Ebenso hat der Vorstand des brandenburgischen Städtetages einen außerordentlichen Städtetag auf den 19. und 20. April nach Berlin einberufen, zur Berathung des Städteordnungsentwurfs und der einschlägigen Bestimmung des Gesetzentwurfes, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungs-Gerichts-Behörden. Wahrscheinlich werden auch in den übrigen Provinzen die Städtetage (nur in Rheinland und Hessen-Nassau fehlen solche) zusammentreten, um diese wichtige Vorlage zu berathen. Außerdem macht der Vorstand des Städtetages der Provinz Preußen den Vorschlag, daß Delegirte sämmtlicher preußischer Provinzen zu einer Schlußberathung über die Städteordnung zusammentreten möchten, „um sodann mit den wichtigsten Abänderungsvorschlägen geschlossen und einmüthig an den Landtag zu gehen." Der Vorstand des genannten Städtetages (Thorn) ladet daher „zu einer Versammlung von Delegirten preußischer Städtetage, behufs Schlußberathung des Städteordnungsentwurfs, die Vorstände sämmtlicher zunächst betheiligten preußischen Städtetage, beziehungsweise die speziell hierzu beauftragten Delegirten derselben ein" und theilt des Weiteren mit, daß es in der Absicht liegt, diese Delegirten-Konferenz nach Berlin einzuberufen.

Endlich versendet ein Komite von berliner Volksschullehrern ein Zirkular, welches zum Anschluß an nachstehende Petition auffordert:

Einem Hohen Hause der Abgeordneten erlauben sich die unterzeichneten Volksschullehrer in Bezug auf die im Entwurfe vorliegende neue Städteordnung ehrerbietigst die Bitte vorzutragen, denselben das passive kommunale Wahlrecht, welches ihnen durch die Städteordnungen von den Jahren 1808 und 1831 gewährt, durch diejenige vom Jahre 1853 hingegen entzogen wurde, wieder verschaffen nnd somit den Ausnahmezustand, welchen auch der neue Entwurf aufrecht erhält, beseitigen zu wollen

---

Deutschland.

△ **Berlin**, 27. März. Der Gesetzentwurf über den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden, über welchen eine kommissarische Verständigung unter den betheiligten Ministerialressorts stattgefunden hat, ist jetzt dem Staatsministerium zur Beschlußnahme vorgelegt worden und wird daher voraussichtlich binnen Kurzem dem Landtage zugehen. Auch die Angelegenheit wegen Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle für die preußische Armee ist in den vorbereitenden Stadien soweit vorgerückt, daß eine Vorlage darüber wohl im Laufe dieser Session noch wird erfolgen können.

BAC. **Berlin**, 27. März. (Die Geschäftslage im Abgeordnetenhause.) Die Geschäfte, welche das Abgeordnetenhaus nach Erledigung des Staatshaushaltsetats vorzuliegen hat, zerfallen in drei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die auf die Selbstverwaltung bezüglichen Gesetze, zu denen auch das Kompetenzgesetz gehört: die Wegeordnung, das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin, die Städteordnung für die 5 östlichen Provinzen. Von diesen Vorlagen ist allein die Wegeordnung, bis auf die Kompetenzfrage, in der Kommission bereits erledigt, während die anderen Gesetze sehr fleißig in den Kommissionen vorberathen werden und angemessen vorwärts schreiten. Die zweite Gruppe besteht aus den Vorlagen und Berichten, die sich auf das Eisenbahnwesen beziehen; es gehört dazu der Bericht der Spezial-Untersuchungs-Kommission über das Eisenbahnkonzessionswesen; die Vorlagen betreffend die Halle-Sorau-Gubener und die Halle-Kasseler Bahn, endlich das soeben eingebrachte Gesetz, welches die preußische Staatsregierung ermächtigt, wegen Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staats an den Eisenbahnen auf das deutsche Reich mit der Reichsregierung in Verhandlung zu treten. Es ist damit Gelegenheit geboten, sowohl die leitenden Grundsätze zu erörtern und über die Zukunft des Eisenbahnwesens im gesammten Umfange sich zu verbreiten, wie auf Spezialfragen einzugehen, die namentlich bei den beiden Vorlagen wegen der Halle-Sorau-Gubener und Halle-Kasseler Bahn hervortreten. An Wichtigkeit tritt diese Gruppe neben der, welche die Selbstverwaltungsgesetze umfaßt, mit an die erste Stelle. Es handelt sich nicht mehr um vereinzelte Maßregeln; Alles, was vorgelegt wird, muß nothwendigerweise nach Lage der Sache unter allgemeine Gesichtspunkte fallen. Diese allgemeinen Gesichtspunkte erstrecken sich auf die ganze Zukunft des Eisenbahnwesens und zwar sowohl auf die Staatshoheitsrechte, die dabei in Betracht kommen, wie auch auf den Besitz und den Betrieb der Eisenbahnen; sie ziehen ferner nicht allein Preußen, sondern auch die Regulirung des Verhältnisses zwischen dem Reiche und Preußen in Betracht und dieses ragt wieder hinein in die Verfassungszustände des Reichs sowohl in Hinsicht auf die zusammenfassende nationale Basis, wie auf die allgemeinen konstitutionellen Garantieen. Wo sich nun die wirthschaftlichen Interessen so stark mit den staatlichen, nationalen und idealen vereinigen, da liegt es auf der Hand, daß ein Berathungsgegenstand, der an sich einen so komplizirten Inhalt hat, in den Verhandlungen des Hauses einen sehr breiten Raum einnehmen und das Schwergewicht der Verhandlungen auf sich ziehen muß. Bedenkt man, daß zwei solche Gruppen von höchster Bedeutung vorliegen, so wird man daraus die ganzen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Session und den gewaltigen Umfang der Arbeiten ermessen. Dazu kommt nun noch die dritte Gruppe, welche öffentliche Angelegenheiten der verschiedensten Art umfaßt; auch diese darf man sich nicht geringfügig denken. Es gehören dazu, abgesehen von dem Gesetz über die Amtssprache und dem Gesetz über die Verwaltung des Di[illegible]anvermögens, das Synodalgesetz und das Gesetz über Dismembrationen und Ansiedelungen. Die Anführung der letzten beiden Gesetze genügt, um erkennen zu lassen, daß auch noch zwei andere wichtige Gebiete, das kirchliche und das soziale mit bedeutungsvollen Vorlagen an die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses Anspruch erheben. Dazu muß man endlich die sehr zahlreichen anderen Gesetze rechnen, die ohnehin der Staat in jeder Session gebraucht. Die diesjährige Session giebt der vorjährigen, was den Umfang und den Inhalt ihrer Arbeiten betrifft, in keiner Weise etwas nach, und es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um die Möglichkeit auch nur in Aussicht zu stellen, daß die Hauptvorlagen ihrem legislativen Abschluß entgegen geführt werden.

□ **Berlin**, 27. März. Der interessanteste Theil der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war die vor Eintritt in die Tagesordnung vom Finanzminister gegebene Uebersicht über die Ergebnisse der Finanzverwaltung für 1875, deren erfreuliches Resultat inzwischen schon bekannt geworden ist. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Exposé des Ministers trat das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Monarchie. Von den 6 Rednern, welche sich zum Worte gemeldet hatten, sprachen die Abgeordneten Virchow, Wisselinck und Windhorst (Bielefeld) gegen und die Abgeordneten Hammacher, Miquel und Baehr (Kassel) für die Vorlage. Der Abgeordnete Virchow eröffnete den Reigen. Den meisten Anstoß erregte bei ihm die in den Motiven gemachte Bemerkung, daß man vor der Alternative stehe, entweder die Forderung der Stände hinsichtlich der Staatsdomänen zu erfüllen oder auf die Einverleibung des Herzogthums zu verzichten. Die Regierung habe nur deshalb durch dieses kaudinische Joch gehen müssen, weil sie vor zehn Jahren den richtigen Zeitpunkt versäumt habe. Er schlug vor, den Entwurf an eine Kommission zu verweisen. Der Abgeordnete Hammacher schloß sich den letzten Bemerkungen des Vorredners an und war ebenfalls der Ansicht, daß das Haus jetzt Stellung zum Gasteiner Vertrag nehme. Nach diesem Vertrage wäre Lauenburg an Preußen abgetreten und dem Wortlaute gemäß sei allerdings der Vertrag nicht erfüllt worden. Das sei aber hinsichtlich der mit den Ständen eingegangenen Abmachungen ganz irrelevant, die Verträge mit der Ritter- und Landschaft seien ganz legal abgeschlossen und es lasse sich an denselben nicht rühren. Nur eine Bestimmung halte er für unannehmbar, nämlich jene, daß die Stände des Herzogthums auch ferner als Landesvertretung fortbestehen sollten. Er wünsche eine Amendirung des Paragraphen 8 dahin, daß, wenn möglich nach Ablauf der Wahlperiode der jetzigen Stände vom 1. Juni 1878 ab eine neue Vertretung an deren Stelle trete. Dieser Ausführung der beiden ersten Redner schlossen sich die übrigen im Ganzen an. Inzwischen war Fürst Bismarck am Ministertisch erschienen, wie es heißt, in Folge der Ankündigung Hammachers, über welche sich die nationalliberale Fraktion vor der Plenarsitzung schlüssig gemacht hatte. Nach kurzer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten und Minister für Lauenburg gab der Regierungskommissar die Erklärung ab, daß der Vorschlag Hammachers zu § 8 seitens der Regierung annehmbar sei. Darauf wurde die Verweisung der Vorlage an eine Kommission abgelehnt; die zweite Berathung wird also in Plenum stattfinden. Der Antrag des Abg. Kapp auf

Kündigung des Akzessions-Vertrages mit Waldeck, welcher den zweiten Theil der Tagesordnung bildete, wurde sodann von der Tagesordnung abgesetzt, eine Reihe von Petitionen erledigt und die nächste Sitzung auf Mittwoch angesetzt, um endlich den Bericht der Untersuchungs-Kommission über das Eisenbahn-Konzessionswesen zu berathen.

Ω **Berlin**, 27. März. Welchen mächtigen Umschwung der letzte deutsch-französische Krieg in der Bewaffnung der europäischen Heere hervorgerufen hat, ergiebt sich daraus, daß gegenwärtig von allen größeren Armeen nur noch die österreichische ein Gewehr führt, dessen Annahme bis auf das Jahr 1867 zurückreicht. Das Gleiche ist außerdem nur noch mit der dänischen Armee der Fall, welche ebenfalls mit dem Remington-Gewehr älterer Konstruktion ausgerüstet worden ist. Die Bewaffnung der belgischen Infanterie mit dem Albini Brandli- und die der schweizer Milizarmee mit dem Vetterli-Gewehr ist nächstdem vom ältesten Datum, und stammt aus dem Jahre 1868, die der bairischen Armee mit dem Werder-Gewehr ist 1869 beschlossen, jedoch erst 1871 und 1872 ausgeführt worden. Die Gewehr-Ausrüstungen der Armeen aller anderen Staaten ist hingegen erst seit 1870 mit neueren oder verbesserten Gewehrmodellen erfolgt und theilweise allerdings noch in der Ausführung begriffen. In Italien hat die Entscheidung bereits 1870 für das Vetterli-Gewehr stattgefunden. Angeschlossen haben sich 1871 die Entscheidungen Deutschlands für das Mauser-, Rußlands für das Berdan-, England für das Henry Martini, Hollands für das Beaumont- und Spaniens, Norwegens, Griechenlands für das neue Remington-Gewehr. Zuletzt ist 1874 noch Frankreich mit der Entscheidung für das Gras-Gewehr hinzugetreten. Interessant erscheinen unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders die Bewaffnungsverhältnisse der Türkei und ihrer Vasallenstaaten, wie Oesterreichs und Griechenlands. Die türkischen Nizam- (Linien-) Truppen führen noch das alte 1865 und 1866 konstruirte Snider-Gewehr, zu welchem überdies die alten Bestände an Minié-Gewehren nur umgeändert worden sind, die Redifstruppen (Landwehren) sind hingegen noch durchgehends mit Minié-Perkussionsgewehren und die irregulären Aufgebote sogar noch mit alten glattläufigen orientalischen Flinten bewaffnet. Dem gegenüber sollen sich die stehenden serbischen Truppen und das resp. Aufgebot der serbischen National- (Miliz) Armee mit dem Peabody-Gewehr neuester Konstruktion ausgerüstet befinden, welche Infanteriewaffe auch von Rumänien angenommen worden ist. Wie weit in diesem letzten Staat diese neue Gewehrausrüstung fortgeschritten ist, erhellt jedoch noch nicht, und war die bisherige Ausrüstung der rumänischen Infanterie die mit dem optirten preuß. Zündnadel-Gewehr. Die Bewaffnung des ersten und eigentlich aktiven Landesaufgebots von Montenegro soll mit altpreußischen Zündnadel- und russischen Krnka-Gewehren erfolgt sein. Griechenland hat, wie zuvor schon angeführt, sich 1871 bereits für die Gewehrausrüstung seiner Infanterie mit dem Remington-Gewehr neuerer Konstruktion entschieden. Zum wenigsten zum Kriege vorbereitet erweist sich nächst der Türkei Oesterreich. Die Gewehrausrüstung seiner Infanterie mit dem, wie ebenfalls schon zu Eingang bereits angeführt, schon 1867 angenommenen Werndl-Gewehr soll erst in diesem Jahre zum Abschluß gelangen, und befanden sich Ende vorigen Jahres außer der gesammten Landwehr und der ungarischen Honved-Armee noch 19 Infanterie-Regimenter des stehenden Heeres mit dem aus den alten Vorderlade-Gewehren nur umgeänderten Wänzl-Gewehr bewaffnet. Die Geschützausrüstung der österreichischen Artillerie bilden zur Zeit noch die alten schon 1861 eingeführten gezogenen Vorderlade-Geschütze, und steht hierin Oesterreich sogar noch hinter der Türkei zurück, deren Feldartillerie sich mindestens zu einem Drittel, wo jetzt nicht bereits zur Hälfte mit Krupp'schen, resp. deutschen Hinterlade-Geschützen ausgerüstet befindet. Man hofft jedoch in Oesterreich bis zum Monat Mai, oder spätestens doch Juni, 300 der neuen Uchatius'schen Stahlbronce-Geschütze bei der Feldartillerie zum Gebrauch einstellen zu können, für deren Feldverwendung allerdings größere Verwendungsversuche noch ausstehen, und über deren Werth und Vorzüge die Ansichten und Meinungen noch sehr weit von einander abweichen. — Nach den darüber veröffentlichten Mittheilungen scheint die Infanterie und Kavallerie des ersten Aufgebots der serbischen National-Armee jetzt vollständig zu den Fahnen einberufen zu sein. Die Infanterie umfaßt 10 Brigaden zu je 8 Bataillonen von auf Kriegsfuß je 800 M., welche für den Kriegsfall 5 Divisionen zu bilden bestimmt sind, wovon jeder Division dann noch je eins der vorhandenen 5 Miliz-Dragoner-Regimenter, 2 Genie-Compagnieen und 4 Feld-Batterien hinzutreten sollen. Vorerst wird die Artillerie-Zutheilung zu den schon formirten Divisionen jedoch nur zu je 2 Batterien angegeben, woneben sich noch eine Corps-Geschütz-Reserve von 4 Batterien vorhanden befinden soll. Da die kleine stehende serbische Armee 14 Feldbatterien besitzt, würde hieraus gefolgert werden können, daß die aus noch 18 Batterien bestehende Artillerie des ersten Miliz-Aufgebots bisher noch nicht einberufen und aufgestellt worden ist. Welche Verwendung die 4 Bataillone und 1 Eskadron gefunden haben, welche einschl. den vorangeführten 14 Batterien und 2 Genie-Compagnieen im Friedensstande die stehende serbische Armee bilden, erhellt aus den bisherigen Angaben noch nicht. Fünf Miliz Brigaden, jede jedoch nur zu 4 bis 6 Bataillone, befinden sich übrigens schon seit vorigem Herbst einberufen und theilweise zur Grenzbewachung verwendet.

— Dem „Merseb. Korr." geht folgende Nachricht zu: Der Kaiser beabsichtigt während des Corpsmanövers des 4 und 12. (königl. sächsischen) Armeecorps im königl. Schlosse zu Merseburg zu residiren. Die Ankunft in M[illegible] wird nach den bis jetzt getroffenen Dispositionen am 7. [illegible] J. erfolgen, der Aufenthalt daselbst wird voraussichtlich [illegible] 13. dess. Monats dauern. In der Begleitung des Kaisers we[illegible] sich drei Generalfeldmarschälle, der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl und Graf Moltke befinden. Außer dem Besuche anderer regierender Fürsten wird auch während des kaiserlichen Aufenthalts in Merseburg dem Besuche des Königs von Sachsen entgegengesehen, dessen Gast der Kaiser vorher in Leipzig gewesen sein dürfte. — Der vaterländische Frauenverein hatte anläßlich des hundertjährigen Geburtstages der Königin Luise an den Kaiser eine Adresse gerichtet. In der am 24. d. unter dem Vorsitz der Kaiserin abgehaltenen 10. Generalversammlung kam folgendes Antwortschreiben zur Verlesung:

Die beredten Worte, welche der Vorstand in der Adresse vom 10. d. M. dem Andenken Ihrer Majestät der Königin Luise, Meiner in Gott ruhenden Frau Mutter, gewidmet hat, haben mein Herz um so tiefer berührt, als ich gerade zu derselben Zeit, wie früher des Oefteren, Gelegenheit gehabt habe zu beobachten, mit welchem Eifer der Vaterländische Frauenverein, unter der Anregung seiner erhabenen Protektorin, bemüht ist, im Geiste der verklärten Königin den mit dem Unglück kämpfenden Mitmenschen hülfreich beizuspringen. Die Erfolge dieser wohlorganisirten Wirksamkeit anerkennend, danke Ich dem Vorstande für sein freundliches Gedenken und theile mit vollem Vertrauen die Zuversicht, mit welcher der Vorstand seinen Blick in die Zukunft des Vereins gerichtet hält.

Berlin, den 18. März 1876.

Wilhelm.

An den Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins.

— Fürst Bismarck feiert am 1. April seinen 63. Geburtstag. Aus einzelnen Städten verlautet von festlichen Vorbereitungen für diesen Tag.

— Generalfeldmarschall Graf Moltke hat zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten; zuvörderst begiebt sich Graf Moltke nach Oberitalien, um dann längere Zeit auf seinem Gute Kreisau in Schlesien zu verbleiben. Während seiner Abwesenheit versieht der Chef der kriegsgeschichtlichen Abtheilung im Generalstabe Graf v. Wartensleben die Geschäfte des Chefs des Generalstabes.

— Der „Staatsanz." dementirt, als jeder thatsächlichen Begründung entbehrend, eine Mittheilung der „Elberf. Zeit.", daß die preußische Regierung ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben habe, das so eben erlassene Einfuhrverbot für holländisches und belgisches Rindvieh wieder aufzuheben.

— Wir brachten vor wenigen Tagen einen Artikel der „Berl. Autogr. Corresp.", welcher die Aeußerung enthielt: es bleibe zu bedauern, daß durch die Art der Vorbereitung der Regierungsentschließungen über die von der Reichs-Justizkommission zum Entwurfe der Strafprozeßordnung gefaßten Beschlüsse die Lage nicht vereinfacht, sondern schwieriger gemacht worden sei. Dem entgegen bringt heut der „Reichsanz." folgenden rechtfertigenden Artikel:

Die Richtigkeit dieser Aeußerung dürfte doch unerfindlich sein. Von Allen, welche an den Berathungen der Reichs-Justizkommission über den Entwurf einer Strafprozeßordnung Theil genommen oder auch nur die Protokolle über diese Berathungen gelesen haben, dürfte kaum ein Einziger zu finden sein, welcher nicht in Betreff des einen oder des anderen Beschlusses erheblichere Bedenken hegte. Eine eingehende Prüfung dieser Bedenken ist um so mehr geboten, als einerseits die heutigen Verhältnisse nicht gestatten, auf dem legislativen Versuchsfelde sich freier zu ergehen, andererseits aber eine Reihe sehr wichtigerer Beschlüsse mit geringer und geringster Majorität, der wichtigste Beschluß über die Berufungsfrage mit 12 gegen 11 Stimmen gefaßt worden ist. Wenn nun die Würdigung der Bedenken vom praktischen, d. h. die Bedürfnisse des Rechtslebens ins Auge fassenden, Standpunkte zu erfolgen hat, so sind zu ihr vorzugsweise praktische Justizbeamte berufen, welche, durch besondere Tüchtigkeit und das damit verbundene Ansehen hervorragend, das Vertrauen der Regierung in erhöhtem Maße genießen. Die Bedeutung einer solchen Begutachtung wird jedenfalls dann nicht unterschätzt werden können, wenn das gesammte Gesetzgebungsmaterial mit Einschluß der betreffenden Protokolle der Reichs-Justizkommission, den zur Begutachtung berufenen Personen volle acht Monate vor der Abgabe des Gutachtens mitgetheilt wurde, wie dieses in Preußen geschehen ist. Eine Regierung, welche ihre volle Kraft einsetzt, die große nationale Aufgabe der Herstellung einer Gemeinsamkeit der Gerichtsverfassung und des Prozeßverfahrens für das Deutsche Reich zu lösen, kann bei einer solchen Begutachtung nur den Zweck verfolgen, die bei ihr obwaltenden Bedenken ihrer Bedeutung nach gewürdigt, möglicherweise beseitigt zu sehen. Unter allen Umständen wird größere Sicherheit des Urtheils gewonnen, wodurch die legislative Thätigkeit gefördert wird, während das Schwanken in den Ansichten jeden Erfolg legislativen Wirkens nur zu leicht in Frage stellt. Diesem Allen nach dürfte gerade umgekehrt zu behaupten sein, daß die Art der Vorbereitung der Entschließungen über die Kommissionsbeschlüsse zum Entwurfe der Strafprozeßordnung, welche die preußische Regierung beliebte, die Lage der Sache nicht erschwert, sondern vereinfacht hat.

— Bekanntlich hatte nach Ausschußbeschluß vom 12. Oktober v. J. der Verein für Sozialpolitik dem volkswirthschaftlichen Kongreß vorgeschlagen, beide Vereinigungen sollten nur alle 2 Jahre ihre Versammlungen halten und an diesen alternirenden Jahresversammlungen sollten die Mitglieder beider Vereinigungen theilnehmen. Die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Kongresses ging auf diesen Vorschlag mit Freuden ein, es waren aber noch nähere Verabredungen über die Modalitäten der gegenseitigen Theilnahme an den Kongressen nöthig. Wie weit diese Sache bis jetzt gediehen, ergiebt sich aus nachstehenden Briefe, den nach Beschluß des Ausschusses der Präsident des Vereins für Sozialpolitik Prof. Nasse an den Vorsitzenden des volkswirthschaftlichen Kongresses, Dr. Braun, richtete:

Bonn, 25 März 1876.

Am 19. März fand in Berlin die Sitzung des Ausschusses statt, vor welcher nach unseren früheren Mittheilungen wir nicht im Stande waren, bestimmt Vorschläge über die Modalitäten der gegenseitigen Theilnahme an den Versammlungen zu machen. Es war inzwischen auch ein Brief des Herrn Dr. Bamberger an unseren Sekretär Prof. Held eingelaufen, welcher betreffs des in der Reichstagsrede vom 27. Januar gebrauchten verletzenden Ausdrucks entschuldigende Erklärungen enthielt, so daß kein persönliches Hinderniß mehr besteht, zwischen beiden Ausschüssen zu verhandeln. In der erwähnten Rede wurden zwar nur die akademischen Mitglieder unseres Ausschusses, nicht unser Verein als solcher angegriffen, es erschien indessen dennoch als sehr wünschenswerth, daß keine derartigen persönlichen Zerwürfnisse zwischen einzelnen Mitgliedern des Ausschusses und der ständigen Deputation mehr bestehen. Nur so ist es möglich, daß die Mitglieder beider Vereinigungen sich über einzelne Fragen trotz verschiedenartiger Grundanschauungen und Bestrebungen mit gegenseitigem Vortheil besprechen können. Wir erlauben uns daher, nunmehr unter Anknüpfung an die vorläufigen Besprechungen unserer beiderseitigen Delegirten in Betreff der Modalitäten, unter denen die gegenseitige Theilnahme an den Jahresversammlungen stattfinden soll, folgenden Vorschlag:

Auf der Jahresversammlung jeder Vereinigung sollen die Mitglieder der anderen als geladene Gäste ohne Beiträge zu zahlen gleich den Mitgliedern der tagenden Vereinigung sprechen und stimmen, selbstverständlich mit Ausnahme der inneren Vereinsangelegenheiten, Ausschuß- resp. Deputationswahlen u. dergl. Jedem Einzelnen bleibt dann natürlich unbenommen, nicht blos als Gast an den Berathungen theilzunehmen, sondern auch Mitglied der tagenden Versammlung resp. Vereinigung zu werden.

Dadurch würde Selbstständigkeit der beiderseitigen Organisationen erhalten und gegenseitiges Aussprechen ermöglicht. Unser Ausschuß kann nun nach der Lage unserer Statuten eine solche Verabredung nicht definitiv treffen. Wir beabsichtigen aber in der Zeit um den 25. September eine Generalversammlung ad hoc nach Bremen zu berufen und dieser die nothwendigen Vorschläge zur Statutenänderung vorzulegen.

Im Auftrag des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik

Mit größter Hochachtung

ergebenst

E. Nasse.

— Der „St.-Anz." theilt unterm 27. d. Folgendes mit: Nachdem die Bücher der Reichshauptkasse für das Jahr 1875 abgeschlossen sind, läßt sich übersehen, welche Ergebnisse der Reichshaushalt des verflossenen Jahres geliefert hat. Dieselben sind befriedigend und entsprechen den Erwartungen, welche die Reichs-Finanzverwaltung hegen durfte und im Reichstage bei Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1876 zum Ausdruck brachte. Die Verwaltung des Reichsheeres (mit Einschluß von Baiern) hat, abgesehen von den nicht unwesentlichen Ersparnissen beim allgemeinen Pensionsfonds und einem höheren Ertrage ihrer Verwaltungseinnahmen, etwa 8,000,000 Mk. mehr in Anspruch genommen, als der Etat voraussetzte. Der Zuschuß für die Telegraphenverwaltung hat den Anschlag um rund 386,000 Mk. überschritten. Die Ausgaben im Ressort des Auswärtigen Amts sind mit etwa 254,000 Mk, die Kosten für Herstellung der Reichskassenscheine mit 115,000 Mark, und die schleswig-holsteinischen Pensionen mit 279,000 Mk. über den Etat hinausgegangen. An außeretatsmäßigen Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind rund 252,000 Mk. bestritten worden. Der Ueberschuß der Postverwaltung ist hinter dem Etatsansatze um 1,575,000 Mk. zurückgeblieben. Im Ganzen beziffern sich die Hauptsummen, um welche die wirklichen Ergebnisse des Reichshaushalts für 1875 ungünstiger ausgefallen sind, als im Etat vorgesehen war, auf rund 11,200,000 Mk. Gegenüber diesem Deckungsbedarf sind folgende Mehrerträge bei den Einnahmen zu verzeichnen.

Es haben für 1875 mehr eingebracht, als im Etat veranschlagt war: die Zölle und Verbrauchssteuern, deren Ertrag ungefähr dieselbe Höhe wie 1874 erreicht hat, 17,595,000 Mk., die Wechselstempelsteuer 289,000 Mk., die Zinsen von belegten Reichsgeldern 2,584,000 Mk., die Reichseisenbahnen 1,495,000 Mk., die Ueberschüsse der Vorjahre 198,000 Mk. und die verschiedenen Einnahmen zuzüglich einzelner außeretatsmäßiger Aufkünfte 774,000 Mk. Diesen Mehrerträgen treten die Ersparnisse hinzu, welche sich bei einzelnen Ausgabekapiteln ergeben haben. Es sind an Zinsen für die Reichsschuld die gesammten im Etat für

---

Im Wald und auf der Heide.

Erzählung von Ludolf Parisius.

Berlin, Franz Duncker, 1876 (Preis 10 M)

„Hilgenbeck hat seine Abhandlung mit der Ueberschrift „Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes im Wege der Exekution ist unzulässig und gemeinschädlich" nicht in Druck gegeben. Anfänglich fand er mit seinen Ansichten bei den ihm bekannten Juristen keinen Anklang. Um so erfreuter war er, als seit 1861 die Aufhebung des Lohnarrestes im preußischen Abgeordnetenhause und später im norddeutschen Reichstage, namentlich durch Waldeck und Schulze-Delitzsch, immer lebhafter gefordert und endlich im Jahre 1867 zum Reichsgesetz erhoben wurde. Freilich wurde ihm die Freude dadurch stark vergällt, daß auf einen bei der zweiten Berathung im Reichstag gestellten Antrag von dem Verbot der Lohnbeschlagnahme ausgenommen wurde:

„die Beitreibung der auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Alimentationsansprüche der Familienmitglieder."

Der Antrag war aus empfindsamen Anschauungen hervorgegangen und wurde mit 94 gegen 74 Stimmen angenommen, obschon sich der Berichterstatter Lasker lebhaft dagegen aussprach. Unter diese Ausnahme gehört gerade Gottlieb Müllers Fall. Und so kann denn trotz des zum deutschen Reichsgesetze erhobenen norddeutschen Bundesgesetzes vom 21. Juni 1867 die Geschichte von Gottlieb Müller sich an jedem Orte des deutschen Reiches wiederholen." — — —

Diese unsäglich trockene und langweilige Auseinandersetzung befindet sich nicht etwa in einem politischen oder juristischen Aktenstück, sondern in dem Roman, dessen Titel oben angegeben ist. Wer sich bis zu dieser Stelle des Buches (2. Band, S. 327 und 328) hindurchgewunden hat, weiß nun auch, was der Verfasser eigentlich will. Der Häusler Gottlieb Müller wird durch fortdauernde Lohnbeschlagnahmen für die „Erziehung" seines Kindes durch eine Dorfgemeinde, die das Kind jämmerlich verderben läßt, zum Verbrechen getrieben. Um endlich allen Verfolgungen zu entgehen und im Zuchthaus Ruhe zu finden woselbst er schon wegen angeblichen Mordes 10 Jahre verlebt hat, zündet er einen Korndiemen an. Das ist der Kern einer Kriminalgeschichte, die zum Theil den Eindruck macht, als wäre sie gerichtlichen Akten entnommen.

Natürlich ranken sich um diese „Handlung" verschiedene Episoden und darin spielt eine gräfliche Gutsherrschaft mit der Mehrheit ihrer Beamten eine nicht beneidenswerthe Rolle. Gesunde Verhältnisse sind nach Ludolf Parisius hauptsächlich in den unteren Volksschichten zu finden — die Gemeinde Zieleitsch ausgenommen. Wird doch selbst der Brandstifter Müller von dem Zuchthausdirektor „ein wackerer, rechtschaffener Mann" genannt! Der Gerichtsrath Hilgenbeck, der Untersuchungsrichter in dieser Angelegenheit, scheint der Vertreter der persönlichen Meinung des Verfassers zu sein. Er kann sich mit der Lohnbeschlagnahme durchaus nicht befreunden, die er gleichwohl zu verfügen gezwungen ist, kommt schließlich zu der Erkenntniß, daß er „unter der gegenwärtigen Gesetzgebung — die Geschichte trägt sich zu Anfang der fünfziger Jahre in der Mark zu — nicht zum Richter tauge" und wird — Rechtsanwalt.

Wir bestreiten dem Romandichter keineswegs das Recht, auch die „brennenden Fragen" der Gegenwart in den Bereich seines Schaffens zu ziehen. Aber der Gegenstand muß die Allgemeinheit, nicht blos bestimmte Gesellschaftskreise interessiren. Die hier verhandelte Frage, noch dazu einseitig beleuchtet, mag für Juristen große Bedeutung haben, nicht so für den Laien, den sie ziemlich kalt läßt. Im Uebrigen fließt die Erzählung außerordentlich breit und ermüdet nicht selten. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Gottlieb Müller und den durch allerlei Umstände in die Sache verwickelten Forstgehilfen Schmiedeke umfaßt allein 67 Seiten! Zuweilen läßt der Verfasser seine Figuren eine Sprache reden, die der Wirklichkeit entlehnt sein mag, aber mit dem guten Ton des Erzählers nicht harmonirt. Gern räumen wir ein, daß der Verfasser die Bewohner der Mark kennt und ihre einzelnen Vertreter zum Theil sehr ansprechend charakterisirt. Auch soll nicht geleugnet werden, daß das Buch einzelne hübsch ausgeführte Situationen und Bilder enthält. Gleichwohl ist der Gesammteindruck des 610 Seiten umfassenden Romans ziemlich frostig. Man hat das Gefühl, daß ein verständiger Schriftsteller hier sehr verständig zu Werke gegangen ist — aber erwärmt wird man nicht.

E.

---

* **Die beste Ehrenrettung** des im Abgeordnetenhause so heftig befehdeten Simplizissimus ist zweifelsohne das Schlußwort seines Verfassers Grimmelshausen selbst, welches so lautet: „Wird nun heute oder morgen etweder vor oder nach meinem Tode jemand dies finden und lesen, denselben bitte ich, dafern er etwan Wörter darin antrifft, die einem, der sich gern besserte, nicht zu reden, geschweige zu schreiben wol anstehen, er wolle sich darum nicht ärgern, sondern gedenken, daß die Erzählung leichter Händel und Geschichten auch bequeme Wort erfordern, solche an Tag zu geben, und gleichwie die Mauerraute von keinem Regen leichtlich naß wird, also kann auf ein rechtschaffenes, gottseliges Gemüth nicht sogleich von einem jedweden Diskurs, er scheine so leichtfertig als er wolle, angesteckt, vergiftet und verderbt werden. Ein ehrlich gesinnter christlicher Leser wird sich vielmehr verwundern und die göttliche Barmherzigkeit preisen, wann er findet, daß so ein schlimmer Gesell, wie ich gewesen, dennoch die Gnad von Gott gehabt, der Welt zu resigniren und in einem solchen Stand zu leben, darinnen er zur ewigen Glorie zu kommen und die selige Ewigkeit nächst dem heiligen Leiden des Erlösers zu erlangen verhofft durch ein seliges Ende."

---

* **Ein interessanter Prozeß** Man wird sich noch erinnern, daß unter den vielen Festlichkeiten, welche die Stadt Mailand im letzten Herbst dem deutschen Kaiser anläßlich dessen Besuchs beim italienischen König gab, auch eine Galavorstellung in der Scala stattfand. Diese hat jetzt einen sehr interessanten Prozeß hervorgerufen. Das Haus war damals mit seinen mehr als 3500 Besuchern überfüllt und zwei leere Logen stachen sonderbar mit dem außerordentlichen Andrange ab. Die drei unteren Logenreihen und ein Theil der vierten sind nämlich Privateigentum und genießen als solches denselben Schutz von Seiten der Gesetze, wie ein Haus, wo der gewaltsame Einbruch bestraft wird. Die eine dieser geschlossenen Logen ist erbliches Eigenthum des Herzogs von Scotti. Derselbe ist bis auf den heutigen Tag ein ergebenster Verehrer des Hauses Habsburg und der treueste Sohn der Kirche und des Papstes. Er genießt dafür eine außerordentliche Unpopularität; es kommt nicht selten vor, daß ihm auf der Straße Verwünschungen ins Gesicht geworfen werden, oder daß ein Vorübergehender das Kreuz schlägt und „Gott sei bei uns" dazu spricht. Die-

diesen Zweck angesetzten 2,040.000 Mk, bei den fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung 500.000 Mk., bei den Ausgaben des allgemeinen Pensionsfonds (abgesehen von den schon erwähnten schleswig-holsteinischen Pension) 1,428,000 Mk., an der Subvention für die Gotthardbahn 376,000 Mk. erspart worden. Im Ganzen belaufen sich die Hauptsummen, um welche die wirklichen Ergebnisse günstiger gewesen sind, als der Etat voraussetzte, auf rund 27.300,000 Mk., so daß sich für 1875 ein Ueberschuß von etwas über 16.000,000 Mk. ergeben hat.

Breslau, 27. März. Die neulich als bevorstehend angekündigte Schließung des sogen. fürstbischöflichen Klerikalseminars ist ohne jede Schwierigkeit am Sonnabend durch den Oberpräsidialrath von Zastrow unter Zuziehung des Regierungskommissars, Regierungsrath von Schuckmann erfolgt. Zum Zeichen daß die Schließung geschehen, wurden die wichtigsten Schulräume mit dem Siegel des königl. Oberpräsidiums versehen. Wie man hört, können die Alumnen bis April in dem Seminargebäude wohnen bleiben, ebenso auch die Lehrer.

Köln, 25. März. Wir haben seiner Zeit mitgetheilt, daß der jetzt flüchtige Erzbischof Paulus Melchers als Vertreter des erzbischöflichen Stuhles gegen die hiesige königl. Regierung als Vertreterin des preußischen Staates Klage erhoben hat mit dem Antrage, dahin zu erkennen, daß das Eigenthum an der erzbischöflichen Wohnung zu Köln nicht dem Staate, sondern dem erzbischöflichen Stuhle zustehe, und daß daher, nachdem die Regierung auf Grund des Einstellungsgesetzes vom 22 April 1875 von jener Wohnung Besitz ergriffen, dieselbe zur Wiederabtretung und zum Ersatze des durch die Besitzergreifung entstandenen Schadens verurtheilt werde. Inzwischen hat auch das Metropolitankapitel wegen der Besitzergreifung mehrerer Kurien gegen die Regierung Klage erhoben. Beide Sachen sollen sich auf der Rolle des hiesigen Landgerichts befinden; doch dürfte, bei der Ueberfüllung dieser Rolle, noch bis zur Verhandlung einige Zeit dahingehen. Vorläufig berichtet die „K. Z." über den wesentlichen Inhalt und Stützpunkt beider Ansprüche wie folgt:

Der Erzbischof, welcher durch den Advokat-Anwalt Schenk vertreten wird, gründet seine Klage darauf, daß nach der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821 der Staat verpflichtet gewesen sei, den erzbischöflichen Stuhl auszustatten, und demselben namentlich eine erzbischöfliche Residenz zum Eigenthum zu überweisen. Als solche sei die v. Zuydtwick'sche Besitzung an der Gereonstraße für geeignet befunden, vom Staate am 16. November 1824 für 40,000 Thlr. angekauft und dem damaligen Erzbischof, Grafen Spiegel, zu Eigenthum für den erzbischöflichen Stuhl am 23. April 1825 übergeben worden. Seitdem habe letzterer sich im ungestörten Besitze der Wohnung befunden, bis dieselbe im Oktober 1875 durch die Polizei-Direktion Namens der Regierung für den Staat in Besitz genommen sei. Nach Lage der Sache sei also § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 unanwendbar. Die durch den Advokat-Anwalt R. Esser II. vertretene kgl. Regierung soll gegen diese Ausführung zunächst formelle Gründe zur Abweisung der Klage geltend machen; der erzbischöfliche Stuhl besitze keine rechtliche Persönlichkeit in dem Sinne, daß er selbständig als Kläger auftreten könne; mindestens muß er die Ermächtigung zur Klage nachsuchen, würde aber unter keinen Umständen zu Recht durch den jeweiligen Erzbischof vertreten. Zur Sache selbst soll sich die Regierung darauf berufen, daß nach der Bulle de salute animarum, wie auch die Vorverhandlungen darlegten, der Staat nicht verpflichtet gewesen sei, dem erzbischöfl. Stuhl eine Wohnung für den jedesmaligen Erzbischof zu Eigenthum zu überweisen; des erzbischöfl. Stuhles werde überhaupt weder in der Bulle, noch in den Ankaufs- und Ueberweisungs-Urkunden Erwähnung jener gethan. Die eingeräumte Wohnung sei rechtlich nichts Anderes, als eine Dienstwohnung, wie sie der Staat Beamten bewillige; auf sie finde deshalb § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 ebenso Anwendung, wie auf das vom Staate bis dahin dem Erzbischof gezahlte Gehalt. Auch aus einer Reihe von Urkunden des Grafen Spiegel wie seiner Nachfolger soll sich klar ergeben, daß das Eigenthum beim Staate habe verbleiben sollen. Der langjährige Besitz könne an der Rechtslage nichts ändern. — Das vom Justizrath Correns vertretene Metropolitan-Kapitel hatte, wie wir hören, zunächst eine Besitzstörungsklage gegen die königliche Regierung bezüglich verschiedener Domherren-Kurien beim hiesigen Friedensgerichte erhoben. Die Regierung hatte jedoch, da die Besitznahme auf Grund gesetzlicher Bestimmung erfolgt war, das Friedensgericht für unzuständig erachtet und den Kompetenzkonflikt erhoben. In Folge dessen nahm das Kapitel jene Klage zurück und erhob eine neue Eigenthumsklage beim hiesigen Landgerichte, deren Rechtsfrage mit derjenigen der zuerst erwähnten Klage übereinstimmen soll.

Schweiz.

Wie gemeldet wird, ist eine Note des schweizerischen Bunderaths in Berlin übergeben worden, welche die betheiligten Staaten zur Untersuchung der Lage der St. Gotthardbahn einladet. Man sieht allgemein hierin die Vorbereitung zu einer Konferenz. Ein weiterer Beschluß des schweizerischen Bundesraths über die Angelegenheit besagt Folgendes:

Zur Untersuchung und Begutachtung der von der Direktion der Gotthardbahn dem Bundesrathe eingereichten neuen Pläne und Kostenvoranschläge für die noch zu erstellenden neuen Linien des Gotthardbahnnetzes, ferner zur Prüfung der Kostenüberschreitung für die tessinischen Thalbahnen, endlich zur Beleuchtung der Rentabilitätsfrage wird eine besondere Expertenkommission ernannt, welche aus zwei Abtheilungen besteht, nämlich einer technischen und einer Betriebsabtheilung, jede zu sieben Mitgliedern, als welche an eidg. Beamten der Inspektor der Gotthardbauten und der administrative Inspektor des Eisenbahndepartements in letzterer Angelegenheit bezeichnet sind. Die genannten drei Inspektoren des Eisenbahndepartements sind mit den Vorarbeiten für diese Kommission beauftragt und ermächtigt, alle erforderlichen Kräfte beizuziehen.

Der weitere Inhalt beschäftigt sich mit Ausführung dieses Beschlusses. Die Ergebnisse der Prüfungen sind in schriftlichen Akten mit bestimmten Anträgen niederzulegen, womöglich mit Andeutung der daraus für das Unternehmen der Gotthardbahn sich ergebenden finanziellen Folgen. Diese Gutachten müssen bis 30. April nächsthin vollendet sein. Nach Erstattung der Berichte werden die beiden Kommissionsabtheilungen unter dem Vorsitze des Vorstandes des Eisenbahn- und Handelsdepartements zur Berathung zusammentreten, an welcher auch der Ober-Ingenieur der Gotthardbahn Theil nehmen wird. — Die Internationalen feierten zu Lausanne den Erinnerungstag an die Kommune. Es wurde viel gesprochen und darunter manches nur allzu deutliche Wort. Diese Leute reden einander nicht mehr als „Bürger" an, sondern als „Genossen" (Compagnons). Das Wort „Bürger" erinnert eben doch an ein staatliches Gemeinwesen, und das ist bei der „Internationale" auf den Index gesetzt. Am Rohesten und Bezeichnendsten drückte sich ein russischer Professor Joukowski aus Genf aus, indem er die Menschen in zwei große Klassen theilte, in solche, welche des Tages sechsmal essen und an Indigestion cr—n, und in solche, welche nur einmal des Tages essen und an Hunger cr—n. An Angriffen auf die Familie, die Schule, den Staat fehlte es natürlich nicht. Ein anderer Genfer, Ferrard, sagte: „Man heißt uns Mordbrenner — diesen Titel schleudern wir auf Mac Mahon zurück. Man behandelt uns als Räuber — das geben wir allen Finanzministern zurück. Wir wollen die göttliche Gerechtigkeit abschaffen, wir wollen das menschliche Gewissen umbilden. . . ." — Einer durch das eidgenössische statistische Bureau vorgenommenen Zusammenstellung der Ergebnisse der Rekrutenprüfungen zufolge stellen sich am mangelhaftesten diejenigen Kantone, in welchen der Ultramontanismus seinen Thron aufgeschlagen hat und die römische Geistlichkeit das Scepter führt. Immer die alte Geschichte.

Frankreich.

Paris, 25. März. Die erste französische Stimme, welche sich gegen die bekannten Pamphlete Victor Tissot's über Deutschland auflehnt, ist, wie die „D. N." mittheilen, die eines geborenen Elsässers, des bekannten Publizisten Alexander Weill, welcher die deutschen Verhältnisse selbst zu gut kennt, um nicht bei dem unreifen Urtheile des schweizer Pasquillanten, das in immer weiteren Kreisen auf Treu und Glauben nachgesprochen wird, endlich die Geduld zu verlieren. In einem ganz beachtenswerthen Artikel der „Gazette", der nichts desto weniger den tiefsten Deutschenhaß athmet, sagt Weill:

„Wir Elsässer sind durchaus nicht aufgelegt, uns über die Prussiens lustig zu machen und am wenigsten über ihre angebliche Armuth. Warum sind die Deutschen arm und warum sind die Franzosen reich? fährt er fort. Die letzteren, sagt man, sparen, die ersteren sparen nicht. Zugegeben. Aber wissen Sie auch, warum der Deutsche, der sich während des ganzen Krieges mit einer Erbswurst begnügt hat, nicht spart? Ich will es Ihnen sagen. Weil er viele Kinder zu erziehen hat. An drei Generationen von Deutschen und Franzosen habe ich in fünf oder sechs Familien meiner Bekanntschaft folgende Beobachtungen anstellen können. Der deutsche Großvater hatte 7 bis 9 Kinder. Jedes dieser Kinder verheirathete sich früh und hatte wieder 5 bis 6 Kinder. Die dritte Generation hat jetzt kaum angefangen zu heirathen und zählt schon wieder zwei bis drei Kinder. Das macht zusammen 100 Köpfe, von denen die Hälfte Soldaten sind. Der französische Großvater hingegen hat, wenn er nicht gerade Elsässer oder Normanne ist, zwei oder drei Kinder gehabt. Der Sohn verheirathete sich erst zu sechs und dreißig Jahren und hatte nur ein Kind, welches jetzt diese Serie von Einheiten fortsetzt. Das macht sieben oder acht Individuen und auf dem Haupte des letzten Sprößlings sammelt sich dann gewöhnlich ein ungeheures Vermögen. Die Arbeit und Ersparniß von drei Geschlechtern, während das dritte Geschlecht in Deutschland nur seine Arbeit und wenig Ersparniß hat. Man lese des unsterblichen Gibbon Geschichte des Verfalls des römischen Reiches nach und man wird sehen, daß dies in Folge der durch den kaiserlichen Despotismus entarteten Sitten der Hauptfehler der Römer war und daß die römische Armee, welche durch Jahrhunderte die Armee der germanischen Barbaren stets geschlagen hatte, zuletzt nur durch die Ueberzahl, ausschließlich durch die Ueberzahl besiegt worden ist. Ja, wenn wir noch in der Zeit lebten, da man mit Geld irländische und schweizerische Bataillone anwerben konnte, wären unsere Reichthümer freilich das beste Bollwerk gegen das Vordringen der Armee. Aber heutzutage kann das Gold nicht mehr das Eisen ersetzen. Ein Jeder muß mit seiner Person einstehen und wer sein Vaterland liebt, muß darauf gefaßt sein, ihm eines Tages nicht sein Vermögen, sondern sein Leben darzubringen. Statt also die Deutschen wegen ihrer Armuth zu verspotten, sollten wir vielmehr wünschen, daß sie eben so reich wären wie wir. Wir haben Alles von ihnen zu fürchten, gerade weil wir reich und weil sie arm sind. Desgleichen weist Weill das Tissot'sche Bild von den gesellschaftlichen Sitten der deutschen Großstädte als eine abgeschmackte Karikatur zurück. Die Franzosen, meint er, sollten wirklich lieber vor dem eigenen Hause kehren. Gewiß giebt es in Berlin, wo die armen Mädchen wie Pilze wachsen — denn man kennt dort noch nicht Kindesmord als häuslichen Gebrauch — viele Mädchen aus dem Volke, welche sich der Schande preisgeben. Aber diese niedrige Prostitution trägt wenigstens das Brandmal an der Stirn. Sie ist nicht legalisirt oder auch nur geduldet, sondern eine heimliche und daher für diejenigen, welche sie betreiben, mit Gefahren verbunden. Man wird in Berlin keine goldene Koketterie mit Hotels, Equipagen und Lakaien finden, welche die anständigen Frauen bei den Wettrennen, in der Oper und im Bois offen herausfordert. Ist Herr Tissot zu Berlin in eine adelige oder gut bürgerliche Familie eingedrungen? Dann würde er wissen, daß, wenn dort ein junger Mann eine Prostituirte auf der Straße blos begrüßt, geschweige denn, wenn man ihn in ihrer Gesellschaft gesehen hätte, kein anständiges Mädchen mehr seinen Gruß erwidern oder ihn als Tänzer auf einem Balle annehmen würde. Der wahre Patriotismus, schließt Weill nach einigen anderen Betrachtungen, besteht nicht darin, seinen Landsleuten zu schmeicheln, ihre Sieger zu verspotten, und sie durch Vorspiegelungen zu neuen Thorheiten zu drängen, sondern die Ursachen unserer Niederlagen zu erforschen und bloszulegen, selbst auf die Gefahr hin, von ihnen verunglimpft oder als Feind behandelt zu werden.

Italien.

Rom, 23. März. Nach dem Tode des Grafen Cavour belegte bekanntlich die italieninische Regierung alle Papiere des berühmten Staatsmannes mit Arrest. Als man aber an die Aufnahme der Papiere später heranging, machte man die unangenehme Bemerkung, daß die gesammte geheime und vertrauliche Korrespondenz Cavours mit den Ministern und fremden Staatsmännern verschwunden war. Alle Nachforschungen nach denselben blieben ohne Resultat. Jetzt ist nun, wie den „D. N." mitgetheilt wird, auf einmal die italienische Polizei durch Zufall in den Besitz der kostbaren Schriftstücke gelangt. Um nur einen Begriff von dem Werthe derselben zu geben, sei erwähnt, daß sich darin 11 eigenhändige Briefe Napoleons III., 8 solche von Bismarck und 3 von der Hand des Fürsten Gortschakoff befinden.

Der berühmte deutsche Geschichtsschreiber in Rom, Gregorovius, hat dem römischen Gemeinderathe auf die Anzeige von seiner Wahl zum Bürger Roms folgende Antwort ertheilt:

Meine edlen römischen Freunde! Im Alterthum sagte man, in Rom würden nur die Sklaven als Freunde angesehen. Ich aber, der ich edle Römer, so lange in Eurer Mitte gelebt, zufrieden damit, die Geschichte der berühmten Stadt anzustaunen und zu schreiben, von allen Seiten mit Wohlwollen überschüttet, konnte mich nicht als solchen betrachten. Um nur aber den größten und hochherzigsten Beweis dafür zu geben, daß Ihr mich nicht als Fremden ansieht, spracht Ihr den Wunsch aus, mich auch nach dem Gesetze zu Eurem Mitbürger zu machen und verlangtet eine Bestätigung desselben durch die Munizipalität. Ich nehme aus Euren Händen mit dankbarem und bewegtem Herzen diesen so ehrenvollen Titel an und ich bin stolz darauf, wie ein Mann, der den höchsten Zweck seines Lebens erreicht hat, welches nicht ganz unfruchtbar war. Menschen von bescheidenen Gewohnheiten ziehen zwar die Liebe der Ehre vor, aber wenn ich die zahlreichen Unterschriften unter dem Gesuche an die Munizipalität lese, so beschleicht mich ein Gefühl freudiger Bewunderung, da ich sie als ebenso viele Beweise unerwarteten Wohlwollens und Sympathie für mich betrachte. Das Leben des Menschen verstreicht in den nur zu eng gezogenen Grenzen der Landesgemeinschaft, es ist also eine, ich möchte fast sagen, mehr als menschliche Befriedigung, wenn man die Rechte und Grenzen des Vaterlandes sich erweitern sieht, indem man durch die Kraft der Zuneigung zu einem solchen Resultat gelangt. Ich kann, o hochherzige Römer, meine Freude nicht ausdrücken, welche ich bei dem Gedanken empfinde, daß ich Zeit meines Lebens die Ehre haben werde, Rom meine zweite vielgeliebte Vaterstadt nennen zu dürfen. Modena, 17. März.

Griechenland.

Athen, 14. März. Ueber den Prozeß der griechischen Exminister wird der wiener „Polit. Korr." unter vorstehendem Datum Folgendes geschrieben:

Nachdem am verflossenen Samstag und gestern in dem Simonie-Prozesse je 16 Entlastungszeugen vernommen wurden, dürfte heut das Zeugenverhör und damit das Beweisverfahren geschlossen werden, worauf sofort die Angeklagten das Wort zu ihrer Rechtfertigung erhalten.

---

ser Herzog wird seit 1859 bei keinen öffentlichen Festen, nicht einmal im Theater geduldet. Seit jener Zeit versuchte er es nur einmal, seine Loge zu betreten, was eine derartige Störung hervorrief, daß die Oper unterbrochen wurde und der Herzog die Scala, um Weiterem vorzubeugen, verlassen mußte. Ganz natürlich somit, daß dessen Loge bei jeder Galavorstellung geschlossen blieb. Die zweite geschlossene Loge ist Eigenthum des sehr begüterten Advokaten Antona-Traversi, Abgeordneter im italienischen Parlamente. Dieser konnte als steifer Republikaner keinen Antheil an einem monarchischen Feste nehmen und blieb somit vom Theater weg. Damit nun des Kaisers Aussicht nicht durch einen leeren Raum gestört würde, verordnete der Minister, Graf Cantelli, dem hiesigen Bürgermeister, Grafen Belinzaghi, die gewaltsame Oeffnung der beiden Logen, worauf dieselben preußischen Offizieren angewiesen wurden, welche aber, da sie die Art und Weise erfuhren, wie die Oeffnung geschah, dieselben sogleich wieder verließen. Der Abg. Advokat Antona-Traversi ist nun mit einer Klage vors Gericht getreten, er hat die beiden Advokaten Mazzoleni und Perelli gewonnen und verlangt die Auffsuchung und Bestrafung der Urheber jener Gewaltsamkeit. Natürlich ist das Gericht so hohen Angeklagten gegenüber in einiger Verlegenheit, um so mehr, da Minister und Bürgermeister die Befehle in gutem Glauben gaben und nicht ahnen konnten, welche Folgen ihre Handlungsweise haben könnte. Auf der anderen Seite aber soll das Gesetz kein Ansehen der Person kennen und die Vollstrecker desselben müssen den graden Weg gehen, welchen ihnen Pflicht und eigene Würde vorschreibt.

---

* **Ein Gegenstück zu Richelieu's Sarabande** vor der Königin Anna hat der „Agence americ." zufolge einst aus Liebe zur Wagnerschen Musik die Fürstin Metternich vor Napoleon III. geliefert. Die genannte Korrespondenz bringt aus Wien, 20. d. folgende Geschichte: „Als Richard Wagner vor einigen Tagen hier in Wien weilte, um seinen „Lohengrin" einzuüben, wurde er durch die Fürstin Metternich, welcher der Meister seine Aufwartung machte, in besonderer Weise ausgezeichnet. Der provisorische Direktor der Hofoper, Hr. Jauner, ein Günstling der Fürstin, hat es zu Wege gebracht, daß sich Wagner der Dame präsentirte. Eine Form dafür war bald gefunden. Wagner kam, sich bei der Fürstin Pauline für den Eifer zu bedanken, welchen sie s. Z. an den Tag legte, um die Aufführung einer Wagner'schen Oper in Paris zu erreichen. Wenn ich nicht irre, handelte es sich um den „Tannhäuser." Die Fürstin bestürmte seiner Zeit den Direktor der kaiserlichen Oper, dieses Werk zur Aufführung zu bringen. Die Künstler an dem genannten Institute weigerten sich jedoch, in dieser Oper zu singen, und der Direktor bedauerte, der Fürstin nicht helfen zu können. Fürstin Pauline scheute nicht den Weg zum Kaiser. Auch dieser zeigte sich nicht geneigt, ihrem Wunsche zu entsprechen. „Künstler zwinge ich nicht", sagte Napoleon III., der Fürstin galant die Hand küssend. In diesem Augenblick trat Fleury in das Gemach. „Helfen Sie mir, Fleury", rief die Fürstin, „Se. Majestät zu bewegen, meinem Wunsche nachzugeben." Fleury, schlau genug, lenkte rasch das Gespräch auf ein anderes Thema und erzählte, daß gestern in einem öffentlichen Belustigungsorte ein Skandal vorgekommen, der heute Stadtgespräch sei. Eine Tänzerin habe auf der Bühne den Cancan mit einer solchen Virtuosität getanzt, daß sich der amtirende Polizeibeamte veranlaßt sah, auf die Bühne zu gehen und die Dame coram publico zu arretiren. Diese schlug dem Manne des Gesetzes ein Schnippchen und tanzte ihm unter einem demonstrativen Beifall des Publikums den Hut vom Kopf herunter. „Das ist unmöglich" rief der Kaiser lachend aus. „Bah!" antwortete die exzentrische Fürstin, „das ist leichter als man glaubt. Ich könnte das ebenfalls." „Das möchte ich sehen," sagte der Empereur. Die Fürstin stellte sich in Positur. „Bewilligen Sie dann die Aufführung?" fragte sie. „Mein Wort darauf!" antwortete der Kaiser, und bedeutete Fleury, sich den Hut aufzusetzen. Fleury setzte sich den Hut auf und — — — — der „Tannhäuser" wurde in Paris aufgeführt! Diese Reminiszenz wird in hiesigen aristokratischen Kreisen jetzt stark kolportirt."

---

* **Ein Brief Nordenskjöld's.** Die „Neue Zeit" theilt aus einem Briefe des berühmten Forschers folgendes Bruchstück mit: „Im Sommer dieses Jahres fahre ich auf einem Dampfer, der im Stande ist, eine Fracht bis zu 10,000 Pud zu laden, in die Mündung des Jenissei und denselben aufwärts bis zum Dorf Dudinka" (400 Werst oberhalb der Mündung, wo die Anfahrt der Jenissei-Dampfer liegt). „Ich mache mich am 25. Juni Ihres Styls aus Gothenburg an den Jenissei auf, vorher reise ich nach Philadelphia zur Ausstellung. Ich bitte Sie, für mein Schiff eine Fracht von 2—3000 Pud Ihres Graphits vorzubereiten. Richten Sie es so ein, daß die Jenisseischen Kaufleute verschiedene Frachten bis 7000 Pud zur Absendung nach Schweden bereit halten. Wir werden einen billigen Frachtsatz nehmen, da diese Fahrt die erste Handelsfahrt sein und zur Befestigung meiner Voraussetzung dienen wird, daß eine Schifffahrtsverbindung zwischen Sibirien und Europa und umgekehrt möglich ist. Auf der Rückkehr fahre ich über Sibirien bei Ihnen in St. Petersburg an."

---

* **Dem Briefe eines Auswanderers**, welchen der „G. G." veröffentlicht, entnehmen wir Folgendes: Welche Gefahren den mit der Landessprache Unbekannten, und namentlich den einwandernden und auf sich selbst angewiesenen Mädchen, drohen, zeigt wieder folgende Geschichte: Der Schiffskoch Karl Grelow ist auf der Fahrt von Newyork nach San Franzisco in Eisen gelegt worden unter der Anklage von Menschenraub, und zwar hat folgender Anlaß dazu vorgelegen: Ein kürzlich aus Deutschland angekommenes hübsches junges Mädchen suchte in Newyork in einem Nachweisungs-Bureau nach einer Stelle. Elise Eckerlin ist ihr Name. Grelow traf dieselbe dort zufällig und erzählte ihr, daß er in Kalifornien eine bedeutende Farm besitze, daß er jetzt hinreisen wolle, und um nicht nur die Fahrt unentgeltlich zu machen, sondern auch noch Geld zu verdienen, habe er die Stelle eines Kochs übernommen. Es fehle ihm aber eine hübsche Lebensgefährtin, um sein Glück auf seiner Farm zu theilen. Wenn Elise einwillige, wolle er sich mit ihr trauen lassen und sie zugleich als Aufwärterin für die Kajüte während der Reise mit 20 Dollars monatlich engagiren. Elise willigte ein, bestand aber auf kirchliche Trauung. Grelow redete ihr dies aus dem Sinne, indem er sie darauf hinwies, daß die Ziviltrauung eben so bindend sei und daß sie die kirchliche Trauung in Kalifornien nachholen könnten, weil sie dort viel billiger sei. Sie gingen darauf an einen Ort in Newyork, wo sie einige Herren fanden, welche verschiedene Fragen an Elise richteten, die ihr Bräutigam verdolmetschte und in ihrem Namen beantwortete, worauf sie Etwas niederschrieben. Das war Alles, was die vertrauende Unschuld wußte: sie glaubte, es wäre der Ehe-Kontrakt. Nun gingen sie ab mit dem Schiffe als Mann und Frau. Auf dem Schiffe befand sich aber noch ein Deutscher, der erste Steuermann, Herr Seegers. Derselbe gewann, nachdem Elise den Grelow als einen rohen Burschen kennen gelernt hatte, ihr Vertrauen, und sie erzählte ihm die traurigen Erfahrungen, die sie während der wenigen Wochen in Amerika gemacht hatte. Die schmählich Betrogene befindet sich jetzt unter dem Schutze des deutschen Reichs-Konsuls in San Franzisco.

Druckfehlerberichtigung. In dem Feuilleton unserer Dienstag-Morgennummer „Aus Berlin" sind leider mehrere Druckfehler stehen geblieben. Es ist da u. A. gedruckt, daß die Harmonie der Musik von „Tristan und Isolde" „den Namen sehr spreche"; es muß aber heißen: „dem Namen **Hohn** spreche". Dann steht hinter dem Satze: „dagegen lobt er (Dorn) die Instrumentation" das Wort „Seume" — welches „**Summa**" heißen soll.

Viele der von den Angeklagten berufenen Entlastungszeugen sind gar nicht vor dem Gerichte erschienen. Die Angeklagten und ihre Vertreter verzichteten auch meist auf die zwangsweise Vorführung derselben. Nur bezüglich des von dem angeklagten Exminister Balassopoulos vorgeladenen Sekretärs des Königs, Kalliniskis, schien die Vertheidigung bis zum letzten Augenblicke geneigt, einen Beschluß des Gerichtshofes auf zwangsweise Vorführung dieses Zeugen zu provoziren. Die Aussage desselben schien ihr von einer besonderen Wichtigkeit. Die Anklage hatte nämlich behauptet, daß Balassopoulos, nachdem er bereits das vom Könige signirte Ernennungsdekret des Erzbischofs Averkios in Händen hatte, dasselbe dennoch dem Ernannten nicht früher ausgefolgt habe, bis ihm nicht auch hiefür abermals ein neuer Geldbetrag ausbezahlt wurde. Der Sekretär des Königs sollte nun durch seine Aussage diese Behauptung widerlegen, er sollte die von dem angeklag- Balassopoulos als unbestritten hingestellte Thatsache konstatiren, daß er vom Könige selbst dem Minister den Auftrag überbracht hatte, das signirte Dekret dem Erzbischofe Averkios bis auf weiteren Befehl nicht auszuhändigen. Da die Vertheidigung, wie erwähnt, auf die Einvernehmung des königlichen Sekretärs nicht verzichten zu können glaubte, ertheilte der Präsident den öffentlichen Anklägern das Wort zur Stellung ihrer diesbezüglichen Anträge. Herr Filimon plaidirte nun gegen die zwangsweise Vorführung dieses Zeugen; er führte aus, daß die Beziehungen des Königs zu seinen Ministern heilig seien, und keinen Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung abgeben können. Der König sei für Alles unverantwortlich; die Minister tragen in allen Fällen die Verantwortlichkeit, und von dieser könne sie selbst ein Auftrag des Königs nicht entbinden. Selbst wenn der Zeuge bekräftigen sollte, daß in der That der erwähnte Auftrag des Königs an den Minister erflossen sei, würde dies dem Minister nichts helfen, denn ein solcher Auftrag müßte als nicht ergangen betrachtet werden. Er sehe daher nicht ein, wie die Vernehmung des Sekretärs des Königs als solchen auch nur zugelassen werden könne. Eine Beschlußfassung hierüber blieb indessen dem Gerichtshofe erspart, denn nach diesen Auseinandersetzungen der Ankläger erklärten die Vertheidiger plötzlich, daß es ihnen niemals beigefallen wäre, die zwangsweise Vorführung des Sekretärs des Königs zu fordern; sie verzichten überhaupt auf dessen Einvernehmung.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die **Kommission**, welche über den Gesetzentwurf, betreffend die **Geschäftssprache der Behörden** 2c., beräth, beendete am 25. d. die **erste Lesung** des Gesetzentwurfs. Die zweite Lesung wird erst am Ende dieser Woche stattfinden, so daß der Entwurf erst nach Ostern an das Haus gelangen wird. Von Seiten der Polen wurde der Antrag gestellt, der Kommission die Garantieen bekannt zu geben, welche der Reichskanzler im Falle der Abtretung der dänischen Distrikte Nordschleswigs zur Sicherung der Deutschen gefordert habe. Die Vertreter der Staatsregierung konnten indessen die Aushändigung der betreffenden Schriftstücke nicht in Aussicht stellen und die Kommission sprach sich in ihrer Mehrheit gegen den Antrag aus. Der § 6 wurde abweichend von der Vorlage in genereller Fassung in folgender Weise angenommen: „Die Zuziehung eines Dolmetschers kann nur unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämmtlich der fremden Sprache mächtig sind. In diesem Falle kann das Protokoll, sofern es Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betrifft, in der fremden Sprache aufgenommen, es muß jedoch die Uebersetzung in das Deutsche alsbald bewirkt werden." § 7 und 8 der Vorlage fielen in Folge dieses Beschlusses weg. Als § 6a. wurde folgende Bestimmung aufgenommen: „Der Dienst des Dolmetschers kann von dem Gerichtsschreiber oder Protokollführer wahrgenommen werden, sofern der Gerichtsschreiber oder Protokollführer als Dolmetscher angestellt ist." Ein weitergehendes Amendement, welches auch für den Fall, daß der **Richter** oder Protokollführer der fremden Sprache mächtig ist, die Zuziehung eines Dolmetschers nicht für erforderlich erachtet, erlangte die Mehrheit nicht. § 9 wurde nach der Vorlage angenommen; dagegen fand der § 10, welcher Zuwiderhandelnde mit einer Ordnungsstrafe bis zu 60 M. bedroht, vielseitigen Widerspruch und wurde abgelehnt. Die §§ 11, 12 und 13 wurden mit einer kleinen Aenderung angenommen. Für die zweite Lesung stehen noch eine Anzahl Amendements in Aussicht; der Abg. **Hundt v. Hafften** gedenkt einen § zur Aufnahme in das Gesetz zu beantragen, der den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen beschränkt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 28 März.

— Im **Posener Wahlverein** finden seit dem Anfang dieses Monats alle 14 Tage Vorträge politischen oder volkswirthschaftlichen Inhalts statt. Den dritten Vortrag, welcher für Freitag den 31. d. M. anberaumt ist, wird Herr Kreisgerichtsrath **Czwalina** über das Vereins- und Versammlungsrecht halten.

— Wie uns aus **Königsberg** i. Pr. geschrieben wird, gedenkt das **schwedische Damenquartett** demnächst in unserer Stadt einige Konzerte zu geben. Das Damenquartett ist bis jetzt in Königsberg in 10 Konzerten aufgetreten und hat sich eines großen Beifalls unter dem dortigen Publikum erfreut. Von Königsberg aus werden sich die Damen nach Posen begeben.

— **Der polnische Verein „Stella"** wird zum **Besten der Ueberschwemmten** morgen am Mittwoch im polnischen Theater eine Dilettanten-Vorstellung geben, bei der zwei Lustspiele „**der Ueberspannte**" (aus dem Französischen) und „**die Verlobte**" von Korzeniowski zur Aufführung kommen werden. Hieran wird sich ein **Mazur** schließen, den 4 Paare in krakauer Kostümen tanzen. Zum Schluß werden zwei **lebende Bilder** aufgeführt.

— **Die fürstlich Radziwill'sche Familie** ist neuerdings von einem schweren Schlage betroffen worden. Die **Prinzessin Louise Radziwill**, zweite Tochter des verstorbenen Generals der Infanterie Fürsten Wilhelm Radziwill und Enkelin des Fürsten Anton, früheren Statthalters von Posen, ist am 25 d. M. in Kairo nach kurzem Krankenlager und nach Empfang der Sterbesakramente entschlafen. Am Mittwoch den 29 d. M. Vormittags 9 Uhr finden die Exequien in der St. Hedwigskirche zu Berlin statt.

— **In Rawitsch** hat am 27. d M. die Wahl eines **Abgeordneten zum Provinziallandtage** aus dem Stande der Ritterschaft stattgefunden. Der „Kuryer" meldet mit triumphirenden Worten, daß obwohl die deutschen Wähler „zahlreicher als sonst" erschienen waren, dennoch der polnische Kandidat Graf **Sigismund Czarnecki** aus Gogolewo mit einer Mehrheit von 6 Stimmen gewählt wurde. Zu Stellvertretern desselben wurden die Herren **Stanislaus v. Stablewski** und **Gustav von Potworowski** gewählt. Die polnischen Wähler waren **fast alle** erschienen und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß in dem Kreise ein Pole gewählt worden ist.

— **Aus Flatow** (Westpreußen) haben mehrere polnische Einwohner an die Regierung des Bezirks Marienwerder eine Beschwerde abgesandt, weil auf der am 17. v. M. zu Flatow abgehaltenen polnischen Volksversammlung die Verhandlungen in polnischer Sprache nicht gestattet wurden. Die Regierung hat der „Gaz. Tor." zufolge geantwortet, daß die Betreffenden sich mit ihrer Beschwerde an den Kreisausschuß von Flatow wenden sollten.

— **Der Wirth Joseph Szymczak** und der Stellmacher **Martin Durlak** aus Twardowo (Kr. Pleschen) protestiren in einer uns übersandten polnisch und deutsch verfaßten Zuschrift gegen die Mittheilung unseres Korrespondenten über die am 16. d. M. zu Pleschen abgehaltene polnisch-katholische Volksversammlung, in welcher ein polnischer Bauer sich günstig über die jetzigen Schulen ausgesprochen haben soll, weil die Kinder darin deutsch lernen. Szymczak bestreitet eine derartige Aeußerung gethan zu haben und Durlak erklärt sogar, daß er sein Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß die Kinder in deutscher Sprache unterrichtet würden. Außer den beiden Angeführten hat kein Landmann das Wort ergriffen. — Die Erklärung ist übrigens von dritter Hand geschrieben und von beiden Landleuten nur unterzeichnet worden.

— **Die Schlägerei**, welche am 22. d. M. in Jerzyce zwischen Soldaten der Fuß- und Festungsartillerie entstand, fand nicht in dem Lokale „Fischers Lust" statt, da dort nur die 1., die 2. und 3. Kompagnie des 37. Regts. ihre gesellige Vergnügung feier abhielt.

g. **Aus dem Kreise Kröben**, 26. März. [**Klassensteuer. Vaterländischer Frauenverein.**] Der diesseitige Kreis hat bei Erlassung von 10 Pf. für je 3 M. pro 1876 an Klassensteuer rund 75,259 M. aufzubringen. Davon entfallen auf die 10 Städte des Kreises 33,062 M. (Rawitsch 19 528 M., Bojanowo 3532 M., Gostyn 3146 M., Sarne 2960 M., Punitz 2288 M., Kröben 2088 M. Jutroschin 2082 M., Sandberg 475 M., Dubin 391 M.), auf die 6 Distrikte 37 197 M. (Kröben mit 32 Ortschaften 8614 M., Rawitsch mit 29 Ortschaften 7737 M., Gostyn mit 26 Ortschaften 6641 M., Jutroschin mit 34 Ortschaften 5190 M., Bojanowo mit 25 Ortschaften 4969 M., Görchen mit 27 Ortschaften 3743 M. — Der vaterländische Frauenverein in Rawitsch veranstaltet auch dieses Jahr und zwar am 2. April eine Lotterie zum Besten der dortigen Armen. Die Ausstellung der Gewinne erfolgt im Rathhaussaale gegen ein Entree von 10 Pf. von Donnerstag, den 30. d. M. ab. Geschenke zur Verloosung werden bis zum Tage der Ziehung entgegengenommen und der Verkauf der Loose dauert bis zum 1. April Nachmittags 5 Uhr.

— r. **Wollstein**, 26 März. [**Vorträge. Unglücksfall. Wegekommissarien.**] Herr Wanderlehrer **Keller** hielt am 23. d. M. in unserem Bildungsverein vor einer überaus zahlreichen Versammlung einen Vortrag über „Selbstverwaltung." Am 24. d M. hielt derselbe einen zweiten Vortrag über „die Zwecke der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Berlin." Es fand sich zu diesem Vortrage noch ein weit zahlreicheres Auditorium sowohl Herren als auch Damen als Tags vorher ein. Der Vortragende löste sein Thema in höchst befriedigender Weise, so daß er sich des allgemeinen Beifalls zu erfreuen hatte. Vor hier aus begab sich Herr Keller nach Krossen. — Am 23. d. M. verlor der Brettschneider Mai aus dem nahen Milusker-Hauland dadurch das Leben, daß beim Brettschneiden der Sägebock mit dem darauf liegenden Klotz so unglücklich auf ihn fiel, daß ihm die Brust eingedrückt wurde. — Unser Kreis ist in 14 Wegebezirke mit je einem Wegebezirkskommissarius eingetheilt worden. In der nächsten Woche werden die Kommissarien die erste Frühjahrsbesichtigung der Wege vornehmen.

Bromberg, 27. März. [**Landwirthschaftliche Darlehne. Messeraffaire.**] Dem landwirthschaftlichen Zentralverein für den Netzedistrikt sind seitens des Herrn Oberpräsidenten 3000 M zur Verabreichung von zinsfreien Darlehen, unter Umständen auch als fonds perdu, an bäuerliche Besitzer, die durch dieselben ihre wirthschaftlichen Verhältnisse verbessern resp. umformen wollen, zur Verfügung gestellt worden. Es hat nun in dieser Angelegenheit am 24. d. M. im Hermann Krause'schen Lokale seitens des Komites des landwirthschaftlichen Zentralvereins eine Berathung stattgefunden. Wie man der „B. Z." mittheilt, sind auf den landwirthschaftlichen Kreis Bromberg von dieser Summe 600 M. entfallen. Bäuerliche Besitzer, welche zu dem obengenannten Zweck ein solches Darlehn beanspruchen, haben sich an das Komitemitglied des bromberger Vereins, Rittergutsbesitzer Deetjen-Koscielec, zu wenden. — Der Eigenthümer Buchholz und der Zimmergeselle Tollek waren am Sonnabend Abend in einer Restauration der Bahnhofstraße zusammen und gingen auch zusammen nach Hause. Unterwegs kam ihnen der Zimmergeselle Schöning entgegen und als dieser den Buchholz bemerkte, gab er demselben eine Ohrfeige. Nun soll Buchholz das Messer gezogen und nach Schöning gestochen haben, hat hierbei aber nicht diesen, sondern den Tollek getroffen. Buchholz wurde zur Haft gebracht und auch das noch blutige Messer ihm abgenommen. — An demselben Abend wurde der Arbeitsbursche Kwiatkowski von dem Dachdeckermeister Piechocki in Brenkenhof ebenfalls in Veranlassung eines Streites mit einem Messer durch das Ohr gestochen.

—k. **Filehne**, 26 März. [**Wohlthätigkeit. Landwirthschaftliches.**] Dank den Bemühungen des Dirigenten unserer beiden Gesangvereine wurde gestern zum Besten der Ueberschwemmten in Posen eine Dilettanten Vorstellung gegeben, bei der drei Lustspiele zur Aufführung kamen. Heute Abend wird die Vorstellung zu demselben Zwecke wiederholt, aber ausschließlich für die Zöglinge des Pädagogiums Ostrau. Die Einnahme der ersten Vorstellung ergab etwas über 200 M., und werden zusammen mit der Einnahme der heutigen Vorstellung nach Abzug der Unkosten mindestens über 300 M. den armen Ueberschwemmten Posens zu Gute kommen. — Die Ernteaussichten sind wegen der höchst ungünstigen Witterungsverhältnisse — seit Tagen fällt entweder Schnee oder Regen, oder Beides vom Himmel herab — für unsere Gegend sehr traurig. An eine Bestellung der Felder ist vorläufig nicht zu denken.

\# **Gnesen**, 26 März. [**Schwurgericht. Bauthätigkeit. Landwirthschaftliches. Erledigte Pfarrstelle.**] Am 3. April c. beginnt hier die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode, wozu bisher erst sechs Sachen von den Kreisgerichten zu Wongrowitz und Tremessen eingegangen sind. — Der ungewöhnlich frühe Winter des Vorjahres hat die rege Bauthätigkeit in unserer Stadt sehr aufgehalten. Eine Menge Neubauten konnten kaum noch unter Dach gebracht werden. In Folge des letzten Schneefalls und der gegenwärtigen starken Niederschläge ist die bereits wieder aufgenommene Bauarbeit wiederum auf einige Zeit unterbrochen worden. Es muß diese Störung den Bauherren um so unangenehmer sein, als die Gebäude bis zur allgemeinen Ziehzeit am 1. Mai kaum noch fertig gestellt werden können. Sehr nachtheilig ist die ungünstige Frühjahrswitterung für die Maurer und Maler, die immer noch feiern müssen. — In hiesiger Gegend haben sich die Wintersaaten im Allgemeinen gut erhalten. Ausgewässerte Stellen bemerkt man wenig. Auch die Frühjahrsbestellungen wurden in den wenigen schönen Märztagen hier und da schon begonnen. Der letzte Schnee und Regen führen dem Boden aber so viel Wasser zu, daß das Pflügen auf Wochen hinausgeschoben werden muß. Das Ackerland der Umgegend besteht zum größten Theile aus stark lehmhaltigem Boden, welcher bekanntlich die Nässe nur sehr langsam abgiebt. — Am 22. d. M. ist die Pfarrerstelle an der hiesigen Pfarrkirche durch den Tod des Pfarrvikars Anton Trawicki erledigt worden. Der Verstorbene erreichte nur das Alter von 37 Jahren 6 Monaten. Er war auch in weltlichen Kreisen sehr beliebt.

Inowrazlaw, 24. März. [**Stadtverordneten-Sitzung.**] Bei der am 23. d. stattgehabten Stadtverordnetensitzung setzte der Magistrat, nachdem die neugewählten fünf Mitglieder von dem Vorsitzenden in ihr Amt eingeführt worden waren, die Versammlung von dem Bescheid des kommandirenden Generals des 2 Armee-Corps in Kenntniß, nach welchem die hiesige Garnison nach Gnesen verlegt wird. Die Dislozirung soll aber erst erfolgen, wenn in Gnesen die Kaserne fertig sein wird. (B. Z.)

Mogilno, 25. März. [**Mordversuch**] In der Nacht zum 23. d. Mts. erwachte der Mühlengutsbesitzer Reikowski aus Winiec dadurch aus dem Schlafe, daß eine eiskalte Hand sein Gesicht betastete. Erschreckt fährt er in die Höhe, erhält aber gleichzeitig einen so schweren Schlag auf den Kopf, daß er besinnungslos aus dem Bette fällt, wo ihm nun noch mehrere Hiebe versetzt werden. Durch das Geräusch erwachte die in der Nebenstube schlafende Ehefrau und eilt herbei, erhält aber auch einen schweren Schlag vor die Brust, welcher sie niederstreckt. Auf das Hilfegeschrei erwachen nun auch die übrigen Hausgenossen und eilen herbei, worauf der Mörder unter Zurücklassung seiner Stiefel das Weite sucht. Die Verwundungen der Frau R. sol- len leichterer Natur sein, wogegen die ihres Mannes lebensgefährli- Es scheint, als wenn diese That ein Akt der Rache gewesen ist; den denn da der Mörder, bevor er in das Schlafzimmer des R. gelangt durch ein Zimmer mußte, wo R. die besten Sachen, Silberzeug aufbewahrt, so hätte er, wenn er nur stehlen wollte, schon hier i reichsten Maße sein Gelüst befriedigen können.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Man schreibt uns: Heinrich Hofmann's „**Christi Predi am See**" ist eine der wenigen hervorragenden Schöpfungen religiös Malerei unserer Zeit, die wahrhaft innig empfunden und frei v allem Zelotismus erhabene Momente der ersten Geschichte des Chr stenthums in idealer Weise zur Anschauung bringen. Eine trefflich lungene photograph. Reproduktion dieses Bildes erscheint im Facsim format, deren Preis 36 Mark beträgt, in dem bekannten Verlage v Franz Hanfstängel in München.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Türkische Finanzen.** Aus Pera schreibt man unter dem 2 März. Die Ungewißheit über den nächstens fälligen April-Coup drückt noch immer die Kurse der Staatspapiere. Es sind dazu 1,100 0 Lire erforderlich und man gedenkt bis zum 1. April 800.000 Lire z sammen zu bringen. Der Kredit Lyonnais hat sich erboten, die fe lenden 300 000 Lire vorzustrecken, jedoch gegen Verpfändung von Ko solides zum Kurse von 10 (jetzt stehen dieselben 19⅜) oder gegen so darische Bürgschaft aller hiesigen Banken. Erstere Modalität wur von der Banque Ottomane verworfen und wegen der zweiten wi noch jetzt unterhandelt. — Der „Pall Mall Gazette" wird aus Berl telegraphirt: „Es heißt, daß zwischen den drei kaiserlichen Regierung ein diplomatischer Meinungsaustausch betreffs der zerrütteten Lage d türkischen Finanzen stattfinde und daß die drei Mächte im Hinbl auf den gefürchteten Eintritt einer Krisis und die ernsten wenn ni unüberwindlichen Hindernisse, die eine solche Lage den projektirten R formen sowie der allgemeinen Konsolidirung in den Weg stelle, d Plan erörtern, der Türkei dadurch unter die Arme zu greifen, d man ihr die Dienste irgend eines mit Finanzen und Volkswirthsch wohlvertrauten Staatsmannes aus dem Westen Europas sichere, d ihr Haus finanziell in Ordnung bringen, bestehende Mißbräuche b seitigen, ein regelmäßiges Budget herstellen und die Mittel für Beschaffung der erforderlichen Gelder erdenken soll. Andererseits u terstützen die drei Mächte die Forderung Rumäniens, eigenes G prägen zu dürfen, und man glaubt hier, daß infolge dieses Druc die Pforte trotz ihrer großen Abneigung gegen dieses Zugeständn nachgeben werde."

Vermischtes.

* **Ein recht nichtswürdiger Streich** wurde in vorig Woche einem Trupp in Berlin eingewanderter **polnischer Arbeit** gespielt. Wir lesen darüber: „Zwei Maurer, Berliner Kinder, wa in früher Morgenstunde nach einem beginnenden Neubau nahe Belle Alliancestraße gegangen, denn endlich sollten nach langer u freiwilliger Rast Arbeit und Verdienst wieder ihren Anfang nehm Aber das „Hundewetter" schien ihnen das nicht gönnen zu woll denn sie bekamen vom Polier den Bescheid: „Bei dem Wetter wi nicht gearbeitet" — Unwirrsch begaben sie sich in eine Destillati der genannten Straße, um bei einem „Großen" ihren Unmuth verscheuchen Da sahen sie einen Trupp polnischer Arbei mit ihren Bündeln und Spaten vorbeiziehen, langsamen Schritt nicht als ob Regen und Schnee um die Wette vom Himmel fiel sondern als ob die warme Frühlingssonne auf ihre breiten Rück schiene. — „Siehst Du, Fritze! wir haben noch nicht genug feiern Arbeiter in Berlin", sagte der eine Maurer zu seinem Kamerad „komm, wir wollen den Jungens Arbeit geben. Du bist der Scha meister und ich bin der Polier". Mit seinem Kumpan auf die Str tretend, redete er die Polen wohlwollend an: „Kinderkens, wollt I arbeiten? — „Ja, ja!" erscholl es aus aller Munde. „Nun, so kom Wir werden Euch Arbeit geben, so viel Ihr wollt." Und hina gings nach der Gegend des Kreuzberges auf eine öde Baustelle. D Herr Polier und der Herr Schachtmeister holten ihre neuen Met maße hervor; sie begannen zu messen und zu zirkeln und in den Sa zu zeichnen, während die Arbeiter harrten, bis der Herr Schachtmeis ihnen das Terrain anwies, allwo sie die Arbeit beginnen konnten. M einer freundlichen Ermahnung zum Fleiße verließen die Beiden die Ba stelle, um in der nächsten Destillation Schutz gegen das Unwetter suchen. — Die Polen arbeiteten, gruben und schaufelten, daß der r nende Schweiß mit dem strömenden Regen wetteiferte. Um neun U fühlten jene Beiden ein menschliches Rühren und der Herr Scha meister kam und sagte den Leuten: das Wetter sei heute doch gar schlecht; sie sollten aufhören und morgen früh wieder anfangen; folgenden Abend würden sie Vorschuß auf ihre Arbeit bekomm Man verabschiedete sich gegenseitig aufs Freundlichste. Den ande Tag war das Wetter etwas günstiger; mit fabelhaftem Fleiße wu auf der einsamen Baustelle gearbeitet und um so harmloser, als bald mehrere Liebhaber für den schönen, ausgeschachteten Sand fand und die Fuhrleute wetteiferten, letzteren wegzufahren. Schon br der ersehnte Abend herein und forschend blickten die Leute nach d Schachtmeister von wegen der versprochenen Vorschüsse aus. A statt dessen erschien der erzürnte Eigenthümer der Baustelle, welc zufällig von den „Wühlereien" auf seinem Grundstücke gehört ha und jagte die Arbeiter scheltend und polternd von dannen."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 28. März. In der heutigen Kammersitzung beantra Abg. Schmidt mit 25 Genossen, an die Regierung die Bitte zu rich für Herstellung eines Reichseisenbahn-Gesetzes zu sorgen, um Uebergang der deutschen Bahnen in den Besitz des Reiches zu ver ten. Elben und 8 Genossen beantragten, die Regierung solle da streben, daß die Bahn-Kalamitäten beendigt werden, und w nur die Wahl zwischen dem Uebergang der preußischen Bahnen das Reich oder dem Ankauf der preußischen Privatbahnen durch Pr ßen bleibe, ersterem Schritte beitreten. Oesterlen und 15 Genos interpellirten den Minister des Auswärtigen, was die Regierung dem Reichsbahnprojekt wisse, wie die Regierung sich dazu verha welche Rechtsauffassung dieselbe bezüglich der Folgen der Bahnerw bungen durch das Reich für Württemberg habe. Die Beantw tung der Interpellation und Berathung der Anträge findet D nerstag statt.

Paris, 28 März. Einer Havasmeldung aus Ragusa zuf erklärte Mukhtar Pascha in seiner heutigen Unterredung mit dem St halter Baron Rodich einen Waffenstillstand anzunehmen, wenn Insurgenten die Verproviantirung von Nikschic zuließen.

Das Hamburg-Newyorker Postdampfschiff „Hammonia", Kap Voß, welches am 11. d M. von hier abgegangen, ist am 27. d. wohlbehalten in Philadelphia angekommen.

(Beilage.)

Handels-Register.

In unser Gesellschafts-Register ist olge Verfügung vom 21. März 1876 Nr. 20 heute in Kolonne 3 vert worden, daß die Handelsgesellaft **S. Kronthal und Söhne** Posen für ihre hier in Posen unter Firma **S. Kronthal und Söhne** tehende Handlung in Stettin eine veigniederlassung errichtet hat.

Posen, den 23. März 1876.

Königliches Kreisgericht.

othwendiger Verkauf

Das in dem Kreise Obornik belegene, Grundbuche des Dorfes Neu-Vorrk Band I. Seite 148 seqq. eingegene, dem Gutsbesitzer **Heinrich eldmacher** und seiner Ehefrau **ilhelmine** geborene **Teske** gehöe Gut Neu-Vorwerk Nr. 1, welches t einem Flächeninhalte von 185 ttaren 02 Aren 70 Quadratstab der rundsteuer unterliegt und mit einem rundsteuer - Reinertrage von 739,67 hlr. und zur Gebäudesteuer mit einem ußungswerthe von 174 Mark veranst ist, soll im Wege der nothwendin Subhastation am

18. Mai d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

hiesiger Gerichtsstelle versteigert erden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der ypothekenschein von dem Grundstücke d alle sonstigen dasselbe betreffenden achrichten, sowie die von den Interenten bereits gestellten oder noch zu ellenden besonderen Verkaufs-Bedinngen können im Bureau III. des terzeichneten Königlichen Kreisgerichts ogasen während der gewöhnlichen ienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenumsrechte oder welche hypothekarisch icht eingetragene Realrechte, zu deren irksamkeit gegen Dritte jedoch die Einagung in das Hypothekenbuch gesetzlich forderlich ist, auf das oben beichnete Grundstück geltend machen ollen, werden hierdurch aufgefordert, re Ansprüche spätestens in dem obigen ersteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung es Zuschlages wird in dem auf

den 20. Mai d. J.,

Vormittags um 11 Uhr,

m Geschäftslokale des unterzeichneten erichts anberaumten Termine öffentch verkündet werden.

Rogasen, den 22. Februar 1876.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt **Murowana-Goslin** unter Nr. 98 belegene, im Grundbuche der Stadt Mur.-Goslin Band II. Seite 758 seqq. eingetragene, dem Gastwirth **Wilhelm Hahn** gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen desselben berichtigt steht und welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 255 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation am

15. Mai d. J.

Mittags 12 Uhr,

im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Murowana-Goslin versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Büreau III. des unterzeichneten Königl Kreisgerichts Rogasen während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf den

17. Mai d. J.

Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 22. Februar 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter.

Prüfung

zur Aufnahme in die **Königl. Luisenschule** und die **Seminarschule**

Sonnabend, den 1. April, von 9—12 Uhr Vormittags.

Dr. Barth.

Das Rittergut **Czarnotki** bei Schroda, 3703 M. Mrg ist theilungshalber zu verkaufen. Näheres loco; bei **v. Chlebowski** in Posen, oder bei Rechtsanwalt **Dr. Węclewski** in Schroda.

Eine Herrschaft

mit Forst, sowie **Pachtungen** sucht im Auftrage **Theodor Tesmer** in Danzig, Langgasse 66.

Gutskauf.

Ein schönes **Rittergut** oder **Herrschaft** mit gutem Boden, Schloß und sonstigen Annehmlichkeiten wird gegen Annahme eines Schlosses am Rhein und erheblicher Baaranzahlung zu kaufen gesucht. Güter mit gut kultivirtem Forst erhalten den Vorzug. Offerten unter D. V. 439 an **Haasenstein u. Vogler** in **Dresden.** (H. 31442a.)

Eine in guter Gegend gelegene **Brauerei**, der gut und viele Kundschaft nie gefehlt, soll sogleich verpachtet oder gegen Kaution einem Braumeister übergeb. werden. Reflektanten belieben ihre Offerten sub **A. K. 390** postlagernd **Czersk**, Westpreußen, einzusenden.

Ein **Restaurant** mit Billard ist Umzugshalber sofort unter günstigen Bedingungen zu übernehmen. Näheres bei den Herren **Güttler & Dalkowski**, Central-Bureau, Bismarckstr. 1.

Eine größere **Destillation** oder umfangreiches Roh - Spiritusgeschäft, möglichst in einer größeren Provinzialstadt der Provinzen Brandenburg oder Posen gelegen, wird käuflich zu übernehmen gesucht.

Gef. Off. nebst ganz spezieller Angabe über Lage und Umfang des Geschäftes etc., wie über die Uebernahme-Bedingungen werden sub **Y. 1067** befördert durch das Central - Annoncen - Bureau der deutschen Zeitungen, Berlin W., Mohrenstr. 45.

21,000 Mark.

Mündelgelder, sind sofort unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Näheres bei **Güttler & Dalkowski**, Central-Bureau, Bismarckstr. 1.

Syphilis, Geschl.- u. Hautkrankh Schwächezust. (Pollut.) heilt mit sicherem Erfolge auch brieflich Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr. 6 pt.

Dr. Ulrich

für **Syphilis** und sämmtliche Geschlechtskrankheiten. Berlin. Oranienstraße 42. Briefliche Behandlung.

Freiwilligen-Examen.

Der neue Cursus beginnt Montag, den 3. April. Speciellste Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen Posen, Pauli-Kirchstr. 5, 2 Tr.

Dr. Theile.

In meinem bewährten **Lehr- und Erziehungs-Institut** für

israelitische Töchter

finden noch einige Zöglinge liebevolle Aufnahme.

Johanna Müldaur,

geb. **Rosenberg**,

Posen, Königsstr. 21.

Pensionäre finden freundliche Aufnahme bei einer anständigen Beamtenfamilie. Gartenstraße 12a., 2. Et.

Schülerinnen finden liebevolle Pension in einer Beamtenfamilie. Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Heimathshaus,

Berlin, Leipzigerstraße 92. III.

Mit 4. April beginnt die Eröffnung der **Handels-** sowie der **Gewerbeschule**. Es können wegen Erweiterung der Pensionsräume auch noch einige Pensionärinnen Aufnahme finden. Meldungen bei Frl. **Toni Lutze**, Berlin, Leipzigerstr. 92. III.

Wiesbadener Baugewerkschule.

Von königl. Regierung konzessionirt. Das Sommersemester beginnt am 3. Mai. Abgehende Schüler erhalten Stellung als Bauführer, Werkmeister etc. Anmeldungen werden bald erbeten. Programme portofrei und gratis.

Der Direktor Vogel.

Von **Bordeaux** nach **Stettin**

S.-D. Odin Mitte April.

Näheres bei: **F. W. Hyllested** in **Bordeaux**, **Proschwitzky & Hofrichter** in **Stettin.**

Brauerei-Verpachtung.

Die herrschaftliche Brauerei zu Freyhan

nebst Ausschank, mit **completter Einrichtung**, großem **Eis- und Lagerbierkeller**, soll auf 5, **event.** mehrere Jahre baldigst anderweit **verpachtet werden.**

Freyhan liegt 1/4 Meile von Zduny (Station der **Oels-Gnesener Bahn**) und hat **Chausseeverbindung** mit **Militsch, Krotoschin** u. s. w.

Pachtbedingungen theilt das hiesige Rentamt mit und nimmt Pachtofferten entgegen.

Freie Minderstandesherrschaft Freyhan.

Offiziere a. D. und Landwirthe

mit guten Verbindungen unter Landwirthen finden bei einer **leistungsfähigen preußischen Hagelversicherungs-Gesellschaft** angenehme und lohnende Beschäftigung.

Bei erwiesener Tüchtigkeit feste Anstellung.

Offerten sub Chiffre **O. S. 30** befördert **Rudolf Mosse, Breslau.**

Kork-Fabrik

von

Otto Goerlt,

Posen, Schloßstraße 2.

Fabrik und Lager

aller Sorten

Wein-, Bier-, Medicin- und Mixtur-Korken,

sowie aller

Korkspunde.

Großes Lager

von

Korkholz, Korksohlen und Metallkapseln

in allen Nummern, Größen und Stärken.

Für **Posen** befindet sich nach wie vor der Verkauf von:

Dr. Borchardt's Kräuter-Seife, à 60 Pf.

Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta à 1 M. 20 Pf. und 60 Pf.

Dr. Koch's Kräuterbonbons, a 1 Mark und a 50 Pf.

Dr. Hartung's Chinarinden-Oel, a 1 Mark.

Dr. Hartung's Kräuter-Pomade, a 1 Mark.

Professor Dr. Lindes veget. Stangen-Pomade, a 75 Pf.

Italien. Honigseife, a 50 und 25 Pf. bei

J. Menzel, Wilhelmsstrasse 8,

sowie für **Bromberg:** Carl Schmidt, **Fraustadt:** Aug. Cleemann, **Gnesen:** J. B. Lange, **Inowraclaw:** Herm. Citron, **Kempen:** M. Wohl, **Krotoschin:** A. E. Stock, **Lissa:** B. K. Nehab, **Ostrowo:** H. Sieradzki, **Rawicz:** R. Frank, **Rogasen:** J. Alexander, **Samter:** W. Krüger, **Schubin:** C. L. Albrecht, **Wittkowo:** R. A. Langiewicz und in **Wreschen** C. Winzewski.

WARNUNG.

An die Consumenten meines nur allein ächten

Oriental. Caffee-Schrots.

Während eines Zeitraums von 10 Jahren hat mein Caffee-Schrot in Folge seiner höchst soliden Zusammensetzung eine so allgemeine Aufnahme, nicht nur innerhalb ganz Deutschlands, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus, gefunden, daß ich nicht nöthig hatte den Artikel durch Reclamen groß zu ziehen.

In neuerer Zeit haben sich die **Nachahmungen** jedoch so sehr gemehrt, daß ich es für meine Pflicht halte, ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam zu machen und davor zu **warnen**, da diese nachgebildeten Producte von nur sehr geringer Qualität sind, was ein Vergleich mit meiner ächten **Prima-Waare** leicht ergeben wird. Um zu **täuschen**, haben sich die betreffenden **Nachahmer** nicht gescheut, die Form meiner Packete sowohl, als auch den Inhalt meiner Etiquette genau nachzumachen, so daß sich das geehrte Publikum nur dadurch vor diesen Täuschungen schützen kann, wenn es darauf achtet, daß jedes Packet meine genaue Firma

Johann Scholz, Dresden,

Pillnitzer Straße Nr. 37

trägt. — Ein großer Theil der dortigen Colonialwaaren-Geschäfte führen meinen **ächten Caffee-Schrot.** —

Johann Scholz, Dresden,
Pillnitzer Straße Nr. 37.

Neu! Zum Schulwechsel empfohlen!

Dr. Richard Andree's

allgemeiner

VOLKSSCHUL-ATLAS

in

vierunddreissig Karten.

Preis 1 Mark. **Preis 1 Mark.**

Ausgeführt von der

Geographischen Anstalt von Velhagen u. Klasing in Leipzig.

Dieser neue Atlas sucht pädagogische zweckdienliche Einfachheit und wissenschaftliche Correctheit mit möglichster Schönheit und Anschaulichkeit des Kartenbildes zu vereinigen. Er bezeichnet einen gewaltigen Fortschritt auf der Bahn der neuen Technik, welche ermöglicht, auf der Buchdruckerpresse Karten von vollendeter Schönheit in ungemessener Anzahl zu drucken und so der Schule Atlanten zu eminent billigem Preise zu liefern, die dennoch jedem Anspruche an Deutlichkeit, Anschaulichkeit und Schönheit genügen. So ist es möglich gewesen, nachdem einmal die Platten nach langer sorgsamer Arbeit hergestellt waren, durch den Druck einer ungeheuren Auflage diesen Atlas für **1 Mark** zu liefern. Wir übersenden gern jedem Herrn Lehrer, der sich für diesen Atlas interessirt und sich direct an uns wendet, ein Exemplar auf unsere Kosten.

Leipzig. Verlag von **Velhagen & Klasing.** 1876.

Das Herren-Garderoben-Geschäft

von

F. Wille & Frąckowiak,

Sapiehaplatz Nr. 1,

empfiehlt sein wohlassortirtes Lager von **Frühjahrs- und Sommerstoffen** zu den bekannt soliden Preisen zur geneigten Beachtung, unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung.

Bekanntmachung.

Auf dem Gutshofe zu **Naramowice** bei Posen werden am

Donnerstag, d. 30. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,

zwei Milchkühe meistbietend verkauft werden.

Posen, den 28. März 1876.

Königliche Kreiskasse.

Holz-Auction.

Am Donnerstag den 6. April d. J., von früh 10 Uhr ab, sollen im Gasthofe zu **Bythin**

36 Stück Eichen-, 166 " Birken-, 17 " Espen- Nutzhölzer,

350 " birkene Stangen

und circa

100 Haufen versch. Reisig meistbietend verkauft werden.

Młodasko, 27. März 1876.

Die Forstverwaltung.

Für Stellmacher.

Eine Partie birkenes, starkes Nutzholz, sowie Stangen sind zum Verkauf in Banner's Gasthof. Storchnest per Pol. Lissa.

Ein eisernes **Vollgatter**, fast neu, ist billig zu verkaufen von der

Niederlausitzer Maschinenbau - Anstalt

Cottbus.

Fruchtbäume u. Sträucher, hochstämmige, pyramidale und zu Spalieren, Koniferen, Rosen, Bäume u. Sträucher zu Park- u. Gartenanlagen u. s. w. Kataloge auf Verlangen.

Denizot,

Baumschul-Besitzer in Górczyn bei Posen.

Auf Gut **Kirchen-Dombrowka** bei Kischkowo sind 3 Wispel Früh-Rosen-, sowie 3 Wispel Spät-Rosen-Kartoffel à Scheffel 2 Mark zu verkaufen.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe zu herabgesetzten billigen Preisen: Leinwand, Wäsche, Flanelle, Kleiderstoffe, Züchen, Parchende etc. **Emil Lewissohn,** Markt 70.

Zur Vertretung unserer Gesellschaft suchen wir geeignete Persönlichkeiten, vorzugsweise **Landwirthe.**

Gefällige Meldungen erbitte baldigst.

Allgemeine Deutsche Hagel-Versicher. Gesellschaft.

Die Sub-Direction Posen.

Chaskel.

Ausverkauf.

Ich verkaufe von heute ab mein Lager von **Haus- und Küchengeräthe** zu

bedeutend ermäßigten

Preisen, um möglichst schnell damit zu räumen, da mein Magazin Ende März d. J. in mein Grundstück

Neuestr. 4

verlege.

Moritz Brandt,

Markt 55.

Dampfmaschinen v. 2½—50 Pferdekräften,
Dampfpumpen in allen Grössen,
Vollständige Einrichtung von Schneidemühlen,
Horizontalgatter.
Blockkreissägen etc.,
Leistungsfähigkeit der letzteren 4500 bis 5000 Fuss per Tag,
empfiehlt

Niederlausitzer Maschinenbau - Anstalt

Cottbus.

Zu verkaufen ein gebrauchter **Mahagoni-Flügel** im guten Zustande, Mühlenstr. 39 im Hofgebäude rechts, 2. Tr., zu besehen in Vorm.-Stunden.

Ein kl. **Repositorium** m. Spiegelscheib. u. Schubladen nebst **Kassentisch** und Schaukast. soll bis 1. April bill. verk. werden.

Näh. Halbdorfstr. 1.

Agent gesucht.

Ein eingeführtes Stettiner Waarenhaus sucht für Posen einen neuen Vertreter. Bewerbungen mit Referenzen sub H. **1369** a. an **Haasenstein & Vogler** in **Stettin** erbeten.

Preßhefe

in vorzüglicher Qualität, täglich frisch, offerirt und empfiehlt a Pfd. 40 Pf. die Hefenfabrik von **Otto Schwarze**, Posen, Schützenstr. 20.

1876er Füllung von

Natürl. Friedrichshaller Bitterwasser

ist in allen Mineralwasser-Handlungen und Apotheken zu haben.

Dasselbe verdankt seinen hohen Ruf, den es seit mehr wie einem Menschenalter bei Aerzten und Laien geniesst, weniger der Menge der in ihm enthaltenen Salze, als dem überaus glücklichen Verhältnisse derselben zu einander. Hierauf beruht seine **unübertreffliche Wirkung** und hierdurch ist es zu einem **unersetzlichen und unentbehrlichen Heilmittel** geworden, namentlich für Diejenigen, die **längere Zeit solche Mittel** zu brauchen genöthigt sind. Bewährt und zuverlässig wirkend ist es bei: **Verstopfung, Trägheit der Verdauung, Blähsucht, Verschleimung, Hämorrhoiden, chronischen Magen- und Darm-Katarrhen, Frauen-Krankheiten, Gicht, Blutwallungen, trüber Gemüthsstimmung, mangelnder Arbeitslust, Unreinigkeiten des Blutes und der Haut etc.**

Brunnenschriften, welche jedoch ärztlichen Rath im einzelnen Fall nicht zu ersetzen vermögen, bei uns und in allen Mineralwasser-Handlungen „gratis." (H. 31441)

Brunnen-Direktion C. Oppel & Co. in Friedrichshall bei Hildburghausen.

Eine Milchpacht gesucht von **Handtke**, Gr. Gerberstr. 39, 2 Tr.

Es wird **Zollfrei** geliefert.

Jeder Gummi-Artikel

Man wende sich vertrauensvoll an die chirurgische Gummi-Waaren-Fabrik von **Georg Mielck, Hamburg.**

NB. Jede Anfrage wird beantwortet.

Für Bruchleidende!

Die passendsten Bandagen, selbst für die schwierigsten Fälle fertigt

Robert Schreiber,
geprüfter Bandagist,
Friedrichsstraße 2.

Daselbst permanentes Lager von Suspensorien, Zinn- und Glasspritzen, Gummistrümpfen, Clysopompen, Catheter, Baugis 2c.

Für 10 Reichsmark

offerire ich mein neues Werk: **Bodenbereicherung ohne Stalldünger.** Diese Methode habe ich seit 5 Jahren erprobt, sie kostet keine Auslagen und Jedermann kann die Resultate bei mir einsehen; Fruchtwechsel und Brachen hören auf, das ganze Feld wird Jahr für Jahr bestellt. Pakosch, Provinz Posen. **J. F. Utke,** pr. Landwirth und Ingenieur für Landesmeliorationen.

Königsberger Pferde-Lotterie.

Ziehung **31. Mai 1876. 2000 Gewinne.** Hauptgewinne: **5** komplette feine **Equipagen,** als **erster:** ein hocheleganter **Viererzug** nebst **Landauer. 30 Gewinne,** bestehend in **Luxus- u. Gebrauchspferden** 2c. 2c. Loose a 3 Reichsmark sind zu haben:

i. d. **Exp. d. Ztg.,** bei Hrn. **Hugo Tilsner** in **Posen** und Herrn **J. Kunkel** in **Wongrowitz.** (Hp. 1469)



Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 27., 28. und 29. Mai 1876.

5 Hauptgewinne, bestehend in fünf eleganten Equipagen; 60 Reit- und Wagenpferde, 30 elegante zwei- und einspännige Geschirre, Reitsättel, Sattelzeuge 2c.

Loose à 3 Mark sind in der Exped. d. Posener Zeitung zu haben.

Ein möbl. Zimmer für 2 Herren a 3 Thlr., für ein Herrn 5 Thlr. zu verm. Halbdorfstr. 9, 3 Tr.

Eine freundl. Wohnung von 4 Zimmer, Küche u. Zub. vom 1. April Halbdorfstr. 34 zu verm.

Große und kleine Wohnungen werden sofort und für später verlangt im Wohnungs-Nachweis-Bureau Bismarckstr. 1.

Bergstr. 7 ist **1 Remise** mit Boden sofort zu verm.

Wilhelm Latz's Liqueur-Fabrik

Wronkerstr. 4

empfiehlt על פסח die feinsten Sorten Tafelliqueure sowie die besten Marken in Roth-, Ungar- und Muskatweine.

Sämmtliche Waaren sind mit dem Rabbinats-Siegel des hiesigen Gemeinde Rabbiners Herrn Dr. Feilchenfeld versehen.

Auswärtige Aufträge bitte rechtzeitig.

Wilhelm Latz.



Die Deutsche Warte für Gesundheitspflege zu Eisenach

empfiehlt **Condensirte Milch,** a Büchse 80 Pf. — **Eisen-Chocolade-Pastillen** (gegen Bleichsucht und Blutarmuth), a Sch. 1 M. — **Malz-Extrakt** mit Eisen, a Fl. 1 M. 25 Pf. — **Liebig's Suppe** für Säuglinge, in Gl. a 1 M. 25 Pf., in Büchse a 1 M. 50 Pf. — **General-Depot** für Posen: **H. Elsner's Apotheke.**

Preuß. Original-Loose

zur Hauptziehung (12.–30. April) versendet gegen Baarzahlung ½ à 150, ¼ à 75 Mark. **Carl Hahn** in **Berlin** S., Kommandantenstr. 30. (D. 13598)



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie,

zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der vierten Klasse am 19. April 1876.

Haupt-Gewinne der vierten Klasse:

1 Mobiliar von Nußholz mit Schnitzwerk, bestehend: 1 Sofatisch, 2 Setztische, 1 Pfeilerspiegel mit Marmorplatte, 12 Stühle mit Velourbezug, 2 Lehnstühle dto., 1 Sofa dto., 1 Spieltisch, 1 Teppich, 1 Armleuchter. **1 Phaëton** mit Halb-Patentachsen, Tuchüberzug und Schonungssegel. **1 Pianoforte** von Palissander, aufrechtstehend, **1 Pianofortebock. 1 Pianoforte** von Palissander, aufrechtstehend, **1 Pianofortebock. 1 Mobiliar** von Mahagoni, bestehend: 1 Sofatisch, 6 Stühle mit Rips überzogen, 1 Sofa dto. **1 Garderoben- und Leinenschrank** von Nußholz mit Schnitzwerk. **1 Tafelservice** von Porzellan, dekorirt, bestehend aus 113 Theilen. **1 silberne Theekanne** (Gehalt 750 Gramm) nebst Rahmguß. **1 Nähtisch** von Nußholz mit Schnitzwerk. **1 goldene Herren-Ancre-Uhr,** 18 Linien, échappement ligne droite, Spirale Breguet, repassirt. **1 goldene Cylinder-Uhr** mit Gold-Cuvette, repassirt. **1 Mahagoni-Sofatisch** zum Vergrößern.

Die Erneuerung der Loose zur IV. Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens den 10. April 1876 Abends 7 Uhr erfolgen.

Preis der Erneuerungs-Loose $2\frac{1}{4}$ Mark, Bestellungen auf Kaufloose à 6 Mark nimmt schon jetzt entgegen die Exped. der **Posener Zeitung.**

Zur bevorstehenden Einsegnung

empfehlen wir das in unserm Verlage erschienene

Gesangbuch

für die evangelischen Gemeinden der Provinz Posen

in den **billigsten** bis **hochfeinsten** und **elegantesten Einbänden** in Leinwand, Chagrin, Sammet 2c.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

Lambert's Saal in Posen.

Heute Mittwoch, den 29. März 1876 (auf der Rückreise von Rußland):

Vorletztes Concert

der durch die „**Gartenlaube**" 2c. 2c. bekannten

Tiroler Concert-Sängergesellschaft

unter Leitung des Herrn

Ludwig Rainer aus **Achensee.**
(4 Damen, 6 Herren).

Kassenöffnung 7 Uhr. Concert-Anfang 8 Uhr.

Eintrittspreise: Früher gelöste Karten, a 75 Pfennige, sind in der Kunst- und Musikalienhandlung der Herren **Bote & Bock** zu bekommen. **An der Kasse pr. Person 1 Mark. Kinder 25 Pfennige. Programm a 10 Pf. an der Kasse. Täglich anderes Programm.**

Drittes Verzeichniß

der bei uns für die Ueberschwemmten eingegangenen Beiträge.

F. Krause 3 M. Montags-Club in Berlin 60 M. Frau Postdirektor Schiffmann 10 M. Ls. Oppé, Mühlhausen in Thüringen 10 M. Frau Louise Müller, Berlin, 6 M. Landrath Hagen, Münster, 50 M. Ungenannter aus Züllichau 1 M 53 Pf. Vaterländischer Frauenverein in Stettin 100 M. N. N. 100 M. Frl Julie Clemens, Berlin, 10 M. Aus Prenzlau 3 M Herr v. Voß, Darsow, 10 M. Herr Pastor E. Behrends u. Frl. A. Kienow 4 M. 50 Pf. Gesammelte Beiträge der Gemeinde Gramsdorf bei Ritschenwalde 78 M. 25 Pf. Pastor Stoll in Nieder-Eichstädt 6 M. Sammlung Oppenheim in Berlin durch Hrn. Benno Graetz 12 M. Sammlung des Stralsunder Frauenvereins durch H. v. Seekt 300 M. X Y. 10 M. Moritz Badt 20 M. Albert Levis in Karlsruhe 5 M. Frau Ottilie Russak 10 M. Festsammlung in Dt-Krone bei Königsgeburtstag 132 M. 85 Pf. Sammlung in Nienstädt durch Pastor Kolett 7 M. Von einem preußischen Offizier in Dresden 20 M. Rentier Schwan in Tremessen 15 M. Fräul. A. v. Massenbach 5 M. Z. A. 15 Pf. L. H. 10 M. Frau Professor Czwalina 6 M. Zusammen 1005 M. 28 Pf. Hierzu die Gaben laut Bekanntmachung vom 16. d. Mts. 12,766 M. 92 M. Summa 13,772 M. 20 Pf.

Posen, den 28. März 1876.

Der Vaterländische Frauenverein.

Kanonenplatz 2a ein möbl. Parterrezimmer zu verm Näh. b. Portier.

---

2 möbl. Zimmer, Mühlenstr. 38, sind sofort zu verm.

Wilhelmsplatz 16/17, 2 Trep. links, ist vornheraus eine möbl Stube mit ap. Eingang zu verm.

Alten Markt 79 sind 1 oder 2 möbl. Zimmer sofort zu vermiethen.

Ein möbl. Zimmer zum 1. April zu verm. Mühlenstr. 22, 3. Stock rechts.

Halbdorfstraße 22,

sind zwei Wohnungen von 3 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermiethen und zum 1. April d. J. zu beziehen.

Die Beamtenstelle auf Dominium Lukowo ist besetzt.

Ein unverheiratheter, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger

Wirthschaftsbeamter,

der gewöhnt ist unter Leitung des Prinzipals zu wirthschaften, findet den 1 Juli 1876 Stellung auf dem Dom. **Zacharzew** bei Ostrowo. Gehalt nach Leistungen.

Gesucht auf **sofort** ein tüchtiger **Gärtner** der gleichzeitig Bedienung macht; ferner ein ordentlicher, nüchterner **Kutscher.**

Dom. Karniszewo bei Kletzko.

Einen **Lehrling** sucht das Barbiergeschäft von **A. Jarofki,** Wronkerstr. 4

Junge Mädchen, welche die Damenschneiderei erlernen wollen, können sich melden St. Martin 13, Hinterh., 3 Tr.

Ein **Lehrling,** der die Bäckerei erlernen will, kann sich melden bei **J. Frost,** Gr. Gerberstr. 46.

Ein Lehrling
findet bei freier Station Stellung bei **S. Dienstag,** Breitestr. 11.

Ein Lehrling zur Buchbinderei findet Unterkommen bei
P. Wilcke, Gr. Ritterstr. 2.

Eine tüchtige **Köchin** quasi Wirthin, welche zu einer größeren Restauration sich eignet, kann sich sofort melden an das Central-Nachweisungs-Bureau des Herrn **Kerber,** Gr. Gerberstr. 15.

Ein tüchtiger **Schlossergeselle,** der am Feuer gut Bescheid weiß, kann sich zum 1. April melden bei
Gotthold Schneider, Czempin.

Ein Lehrling
findet bei freier Station Stellung bei **J. Silberstein** in Moschin.

Stellensuchende aller Branchen mögen sich melden an das Central-Nachweisungs- und Vermittelungs-Bureau Gr. Gerberstr. 15. **Kerber.**

Für mein Cigarrenfabrik-Geschäft suche ich per sofort bei hohem Salair

einen tüchtigen Reisenden,

der mit der Kundschaft in Posen, Pommern und Westpreußen gut bekannt ist.

M. L. Cohn, Posen.

Eine **Köchin,** die sehr gut ihr Fach versteht, ist zu vermiethen, das Nähere bei Frau **Caarth,** Wilhelmsstraße 17.

Eine anständige Person, aus guter Familie, in der Wirthschaft erfahren, wünscht baldigst Stellung zur Unterstützung der Hausfrau. Zu erf. postlagernd L. W. W. Posen.

M. Benjamin

in **Gnesen** sucht für seine Manufactur- und Modewaaren-Handlung

2 Lehrlinge,

ganz gleich welcher Konfession, zum sofortigen Antritt.

Zur Fortführung der Schlosserprofession kann ein tüchtiger brauchbarer Schlosser im Mittelalter dauernd beschäftigt werden, nur solche wollen sich wegen Uebereinkommen persönlich in Pudewitz melden bei der Wittwe

Ch. Sperling.

Eine selbstständige Wirthin od. eine einfache Wirthin für 40 Thlr. Ein thätiges bescheidenes Mädchen zur Stütze der Hausfrau, noch in Stellung, und ein feines, im Nähen gewandtes, Stubenmädchen zu haben durch das

Placirungs-Bureau, Wasserstr. 22, 2 Tr.

Ein praktisch erfahrener verheiratheter,

Landwirth,

der 8—10 Mille Kaution stellen kann, sucht für sofort oder 1. Juli dauernde, sichere, selbständige Stellung. Näheres sub **W. W. 50** postl. Janowitz.

Ein **Brenner,** 9 Jahr beim Fach, unverheirathet, welchem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sich auch über hohe Spiritusausbeute auf seiner jetzigen Stellung ausweisen kann, sucht v. 1. Juli d. J. andere Stellung. Gef. Offerten bitte unter R. S. in der Exp. d. Zeitung niederzulegen.

Ein junges, gebildetes Mädchen, die in der Wirthschaft sehr erfahren, außerdem auch fertig schneidern u. Maschine nähen kann, sucht als Stütze der Hausfrau Stellung in einem achtbaren Hause.

Frau Dr. **Levin, Bromberg,** Wilhelmsstr. 12.

Ein ev. unverh. **Wirthschaftsbeamter,** 33 Jahr alt, 14 Jahr beim Fach, beider Landessprachen mächtig, sucht vom 1. Juli l. J ab, da er seine bisherige Stellung von da ab freiwillig aufgiebt, gestützt auf gute Zeugnisse ein anderweit. Engagement als erster oder selbstständiger Beamter.

Gef. Offerten werden erbeten an den Gerichts-Kassen-Kontroleur **Conrad** Posen, Mühlenstr. oder sub Chiffre **F. Z.** postlagernd Neustadt a. W.

Ein Kunstgärtner,

unverh., tüchtig u. erfahren in jeder Branche der Gärtnerei, hierüber gute Empfehlungen hat, sucht bald oder später Stellung. Derselbe ist auch sehr geübt und erfahren in Park- und Garten-Anlagen und übernimmt auch solche zur Ausführung.

Näheres zu erfragen unter **M.** in der Expedition der Posener Zeitung.

Die Beleidigung gegen den Kaufm. Herrn **E. Fester,** Sophienstr. 29 zu Berlin bei Herrn **Buckow,** nehme ich bereitwilligst zurück und erkläre denselben als einen Ehrenmann.

P. d. 27. 3. 76. **Al. Wojach.**

Vogelliebhaber

werden Behufs Gründung eines Vereins Donnerstag, den 30. d. M. Abends 8 Uhr im **Süs**'schen Restaurations-Lokale, St. Martin 24, zu einer Besprechung eingeladen.

Der Verein Posener Lehrer

ist durch den Beschluß vom 24. d. M., nach welchem der Vorstand des Prov.-Lehrervereins aufgefordert wird, Schritte zu thun für die Wahl eines deutschen oder polnischen Abgeordneten aus Lehrerkreisen, über den Rahmen seines Statuts hinausgegangen: er hört auf, Fortbildungsverein zu sein, und fängt an, politischer Verein zu werden.

Da hiermit der Verein eine Richtung einschlägt, die seinen Grundprinzipien widerspricht, so sehen wir uns genöthigt, aus demselben auszuscheiden.

Posen, den 28. März 1876.

Böttcher. Damsch. Franke. Graeter. Grotrian. Kupke. Jul. Lehmann. Markus.

Familien-Nachrichten.

Meine Verlobung mit Fräul. **Clementine Bernhard,** Tochter der verwittweten Frau Justizräthin Bernhard, zeige ich allen Freunden u. Verwandten statt jeder besonderen Meldung hiermit an.

Gnesen, den 26. März 1876.

Richard Haesner.

Heute früh 10 Uhr wurde meine liebe Frau **Luise** geb. **Hoenel** von einem todten Knaben schwer aber glücklich entbunden.

Posen, den 28. März 1876.

Wilhelm Kopp.

Durch die Geburt eines Söhnchens wurden wir heute hoch erfreut.

Wilhelm Remak,
Olga Remak,
geb. **Kalmus.**

Meine liebe Frau **Wanda,** geb. **Hecht,** hat mich gestern Nachmittags 3 Uhr mit einem gesunden Knaben beschenkt.

Skalmierzyce, den 27. März 1876.

Schwantes,
Ober Grenz Controleur.

Heute wurde uns ein prächtiger Junge geboren.

Gnesen, den 27. März 1876.

Staatsanwalt **Perkuhn,**
Agnes Perkuhn, geb. **Jaquet.**

Heute Mittag starb nach langem Leiden unsere theure Mutter, Groß- und Schwiegermutter im 83. Lebensjahre Wittwe **Janette Scherek,** geb. **Basta.** Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. Nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause Büttelstr. Nr. 5 aus statt.

Die Hinterbliebenen.

Den am 27. d. M. Abends 11 Uhr nach langen Leiden erfolgten Tod meines guten Mannes, des Boniteurs **C. Krug,** zeigen um stille Theilnahme bittend tiefbetrübt an

die Wittwe nebst Kindern.

Posen, den 28. März 1876.

H. Krug.

Heute Morgen 6 Uhr entschlief nach langem schweren Krankenlager unser innig geliebter Vater, Sohn u. Bruder der Apotheker

Franz Hecker,

was wir allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt anzeigen.

Die Hinterbliebenen.

Filehne, den 28. März 1876.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Emilie Schulz mit Hrn. Hermann Henning in Lichterfelde. Frl. Ida v. Gustedt mit Oberförster Heino Frhr. v. Hammerstein-Equord in Deersheim. Frl. Emma Muggenfuß in Freiburg i. B. mit Dr. med. Oskar Schumann in Dresden.

Verehelicht: Herr Paul Grundner mit Frl. Bertha Zernsdorff in Berlin. Architekt Emil Köhler mit Frl. Gertrud Boersch in Berlin.

Geboren: Ein Sohn den Herren J. E. Weichbrodt in Berlin, Paul Voigt in Berlin, v. Blumenthal in Quackenburg, Julius Herpich, Postsekretär J. Lange in Hannover, Ernst v. Gülpen in Aachen. Eine Tochter den Herren Baumeister Paul Gottheiner in Berlin, Eduard Husemann in Berlin, Amts Rentmeister Brückert in Kgs.-Wusterhausen, Pastor E. Pieroth in Stülpe, Hauptmann Glubrecht in Swinemünde, prakt. Arzt Dr. med. Kleinschmidt in Altwasser, Kreisrichter C. Coester in Brilon.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Mittwoch: **(Nicht rauchen): 3 Gastspiel** der

Gesellschaft Herrmandes.

Dazu: **Drei Paar Stiefeln,** Lustspiel in 1 Akt.

Die Direktion.

B. Heilbronns Restaur.

Heute und folgende Abende großes **Vokalkonzert,** ausgeführt von der Damen-Couplet-Sänger-Gesellschaft **Christoph** aus Berlin.

Vorgetragen werden unter Anderem: Die verrückten Musikanten, O du mein Waldemar, Erlkönig.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.